

[18]

BLÄTTER FÜR WELTPOLITIK

Preis 30 Pfg.

Deutscher Lebensraum

Aus dem Inhalt

Weltmächte und Weltkräfte:

Weltfrieden oder Niedergang

Deutsches Volkstum in Südwest-Afrika
im Kampf

Der Wettlauf zwischen Krieg und Frieden

Memelland — Deutsches Land

Gärender Osten — Brodelnder Westen

Heft 10

An unsere Leser und Freunde!

Es hat sich die zwingende Notwendigkeit herausgestellt, den Umfang der Zeitschrift auf 32 Seiten zu erhöhen, um unsern Lesern und Freunden ein umfassendes Bild der heute sich rasch vollziehenden Vorgänge auf raumpolitischem Gebiet zu bringen.

Die weltpolitische Lage muß jeden interessieren, der es ernst meint mit der deutschen Unabhängigkeit und Deutschlands Stellung als gleichberechtigte Großmacht im Räte der Völker.

Das koloniale Diktat des Versailler Vertrages läßt sich nicht mehr aufrechterhalten. Immer lauter erkönen die Stimmen, die Deutschlands Ansprüche auf Rückgabe der deutschen Kolonien als berechtigt anerkennen. Der Führer hat erklärt, daß Deutschland auf seine kolonialen Ansprüche niemals verzichten werde.

Die Rohstofffrage ist auf die Tagesordnung gesetzt worden. Die Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise erfordert neue Methoden. Rasse und Volkstum haben in ihren ewigen Werten neue Geltung erlangt.

Die Welt steht an einem Wendepunkt. Zwischen den erhaltenden und zerstörenden Kräften ist ein scharfer Kampf entbrannt. Die europäischen Probleme haben neue Formen angenommen.

Das Völkerrecht steht im Fluß der Erörterungen. Große entscheidende Umbrüche stehen bevor.

Der „Deutsche Lebensraum“ ist ein getreues Spiegelbild unserer erregenden Zeit.

Verlag und Schriftleitung.

Deutscher Lebensraum

Blätter für neue deutsche Raum- und Bevölkerungspolitik

Vierteljährlicher Bezugspreis RM. 0,75 zuzüglich Bestellgeld.
Bestellungen nur an die Geschäftsstelle. — Postverlagsort Teltow.
Auslieferung für Buchhandel: E. A. Rittler, Leipzig.

Monatliches Erscheinen. — Nachdruck einzelner Artikel verboten. — Auszüge nur bei genauer Quellenangabe gestattet. — Alle Schreiben sind nur zu richten an die Geschäftsstelle: Teltow/Mark, Adolf-Hitler-Straße 6, Ruf: 5.4 (Zehlendorf) 1050. — Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. — Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beigefügt. — Postcheckkonto: „Deutscher Lebensraum“, Berlin 52446.

3. Jahrgang

Nummer 10

1935

Weltmächte und Weltkräfte

Weltfriede oder Niedergang

Von Dr. Paul Mohr.

Die Atempause. — Wird jetzt das endgültige Schicksal Abessinien geregelt? — Die Rede Sir Samuels und ihre Bedeutung. — Ein hinkender Vergleich. — Deutschlands Verdächtigung. — Friedensvorschläge.

Im diplomatisch-politisch-militärischem Kräftepiel war in den letzten Oktobertagen eine Art Ruhepause — allerdings nur von kurzer Dauer — eingetreten. Das diplomatische Spiel hinter den Kulissen war jedoch nie gänzlich abgebrochen.

Der Völkerbund und seine schwerfällige Maschinerie arbeiten jedoch mit jener verminderten Kraft und Widerständen, wie sie einer schlecht geölten Maschine zu eigen sind. Sie kann nicht auf Touren gebracht werden, sonst zerpringt sie. Die Genfer Völkerliga kann gar nicht alle die Probleme lösen, die ihr heute gestellt sind, nicht nur, weil dem Genfer Institut nicht alle Mächte angehören, sondern auch, weil der scharfe Gegensatz zwischen Englands und Italiens Belange sich nur dann aus der Welt schaffen läßt, wenn bei allen Beteiligten Entgegenkommen herrscht. Bis jetzt ist keine der Großmächte auch nur um Haaresbreite von ihrem prinzipiellen Standpunkt abgewichen. Es ist alles noch in der Schwebe. Nur die Waffen sprechen. Spannung beherrscht die Lage. Alle Welt sieht auf Genf und die Völkerliga, die sich zum ersten Male vor einem ganz regulären Ernstfall sieht.

Man weiß nicht, was noch werden mag. Im Hintergrund stehen die Besprechungen über die Flottenbegrenzungen und die englischen Wahlen.

England hatte an Frankreich eine höchst peinliche Frage gestellt. Was gedenkt Frankreich zu tun, wenn England im Mittelmeer angegriffen wird? Wird es der britischen Flotte zu Hilfe eilen? Wird es seine Hauptkriegshäfen Toulon und Bizerta England zur Verfügung stellen? Das französische „Ja“ hatte lange auf sich warten lassen. 9½ engbeschriebene Seiten mußten das französische „Ja“ erläutern. Man kann nicht gewissenhaft genug sein. Wenn ein Diplomat Ja sagt, dann meint er

„vielleicht“, und wenn er vielleicht sagt, meint er Nein. Frankreich hat sicher „vielleicht“ gemeint. Es hat sich mit Italien zu weit eingelassen. Frankreich hat seine Hilfe England zugesagt, wenn die englische Flotte von der italienischen angegriffen würde. Dieser Fall werde aber nicht eintreten. Darüber ist Italien perplex. Es fürchtet, daß die Erklärung Cavals nur die jüngeren Kreise Englands stärken werde, die die weitgehendsten Forderungen stellen. Im Hintergrund aller Erörterungen steht noch etwas Ungeklärtes, das ist das Schicksal Abessinien's, das heißt die endgültige Klarstellung zwischen der zukünftigen englischen und italienischen Machtsphäre und die Stellung des Völkerbundes zur Neuordnung in Ostafrika.

Mussolini hatte erklärt, daß er die abessinische Frage mit Genf oder ohne Genf oder gegen Genf lösen werde. Nun, er ist bisher in Genf geblieben. Er hat immerhin seine 300 000 Italiener in Ostafrika, eine höchst modern ausgerüstete Armee und dieses Argument ist durchschlagend. Der Völkerbund hat zwar den Angreifer unzweifelhaft festgestellt. Was geschieht jedoch? Eilen alle anderen Völkerbundsmitglieder etwa dem Angegriffenen zu Hilfe? Nein, sie machen Vorbehalte. Die Einigkeit fehlt, ja sie muß fehlen.

Der Völkerbund ist gar nicht in der Lage, Krieg führen zu können. Er sollte ja ganz anderen Zwecken dienen und diese Zwecke waren, die Besiegten des Weltkrieges in dauernder Abhängigkeit zu halten.

Goethe sagt einmal: Das Allgemeine ist der einzelne Fall. Die Völkerliga als Institution wird aus dem Dilemma nur mit stärkster Beschädigung hervorgehen, insbesondere der Artikel 16 mit allem Drum und Dran. Der italienische-abessinische Streitfall ist eine Probe aufs Exempel. Erst wenn dieser Streit endgültig begraben sein wird, wird sich zeigen, daß etwas in der Welt vorgegangen ist, was das europäische Kraftfeld gründlich geändert hat.

Die große Rede, die der englische Außenminister Sir Samuel vor dem Unterhaus gehalten hat, verdient es in vieler Beziehung, genauer beleuchtet zu werden. Sie ist ein Musterbeispiel englischer Denkart, nüchtern und sachlich, weitherzig, ja offenerzig bis zur Selbstkritik, sie nimmt nicht eine entschiedene Stellung ein, sie läßt Lösungen offen, sie beunruhigt nicht, sie beruhigt aber auch nicht, sie weiß nichts von Englands Großinteressen am Sueskanal, sie kennt nur das verlegte Recht der Völkerbundsatzung. Die Völkerbundsstaaten, die den Pakt unterschrieben, müssen auch bei der Stange bleiben.

England handelt nach dem Grundsatz: Kann ich Dich nicht zur Liebe zwingen, so gebe ich Dir die Freiheit nicht. England schiebt den Völkerbund vor, um dahinter seine Belange zu vertreten. Das ist englisch, doch kein cant.

Mag Scheler hat in seinem Buch: „Der Genius des Krieges und der Deutsche Krieg“ die treffende Bemerkung gemacht: „Die englische Kunst, fremde Völker für Englands Interessen arbeiten zu lassen, sie aber zugleich mit der festen Ueberzeugung zu durchdringen, daß sie dabei nicht für England, sondern für die eigenen Interessen und am göttlichen Weltplan arbeiten, war sowohl den kontinentalen Staaten (Gleichgewichtsmethode) als den von ihm abhängigen Kolonialvölkern gegenüber, stets von bewundernswerter Feinheit, und gleichzeitig genau der oben gegebenen Formel des „cant“ folgend. Es ist dabei ganz richtig, daß es bei seiner Kolonisation die „Freiheit der fremden Völker zu schonen“ verstand. Auch Hoare hat mit Entrüstung den Gedanken von sich gewiesen, daß irgend welche materiellen Interessen England bestimmen, die Völkerbundsmaaschinerie in Gang zu setzen. Der Völkerbund sei die Brücke zwischen Großbritannien und Europa. Würde diese Brücke ernstlich geschwächt

oder zerstört, dann würde das Zusammenarbeiten zwischen England und dem Festland schwierig und gefährlich.

England ist entschlossen, den Buchstaben und Geist der Satzung aufrechtzuerhalten. Der Völkerbund ist ein Instrument des Friedens, nicht nur bestimmt, Kriege zu verhindern, sondern Kriegursachen zu beseitigen.

Militärische Sühnemaasnahmen seien nicht erörtert worden. Die Aktion, die England erwäge, sei nicht militärischer, sondern wirtschaftlicher Natur. Der wirtschaftliche Druck soll den Krieg nicht erweitern, sondern ihn begrenzen. Er soll seine Dauer nicht verlängern, sondern ihn verknapen.

Wie aber, wenn der Völkerbund und die Sühnemaasnahmen versagen, wenn Mussolini nicht einlenkt, wenn er nur Zeit gewinnen will, um eine fundamentale Entscheidung herbeizuführen, läßt sich dann noch ein kriegerischer Zusammenstoß vermeiden? Vermutlich wird Mussolini eine militärische Entscheidung in Abessinien herbeiführen, um seine Forderungen möglichst hoch zu schrauben.

Hoare hat bei seiner Erklärung die Völkerbundsatzung zur Probe zu stellen, seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck gegeben, daß, wenn dieser Versuch mißlingt, die Welt als Ganzes und Europa im besonderen einer Periode des Verfalls und Niedergangs entgegengehen würde.

Dann gebrauchte Sir Hoare einen Vergleich, der uns recht sonderbar anmutet, denn er war auf uns gemünzt. Am Anfang des Jahrhunderts sei durch den Kontinent das Wort gegangen: Weltmacht oder Niedergang. Heute sagen wir: Weltfriede oder Niedergang.

Der Vergleich hinkt in mehr als einer Beziehung. Von 1880 bis 1900 nahm England um das zwanzigfache zu, nach dem Weltkrieg noch einmal um das achtfache. Heute ist es im Besitz von 32 Millionen Quadratkilometer. Ein Viertel der Erde nennt es sich untertänig. Es ist nie gesättigt. Sein über die ganze Welt zerstreutes Reich hat die Tendenz, sich weiter auszubreiten noch nicht verloren. Es wird auch heute noch wachsen, wie groß oder klein das Maß sein wird, das sich Italien aus dem abessinischen Kuchen schneiden wird. Wenn heute ihm in diesem Streit von dieser oder jener Macht die Gefolgschaft verweigert werden sollte, dann hat nicht der Völkerbund als solcher versagt, sondern die offensichtliche Verquickung der englischen Interessen mit denen der Völkerbundsatzung. England hat im Verlauf der letzten Jahrzehnte jede Ausbreitung einer europäischen Macht, die auch nur in entferntester Nähe einer englischen Interessensphäre lag, an einer Betätigung gehindert.

Als die anatolische Eisenbahngesellschaft am 25. Dezember 1899 von der türkischen Regierung die Erlaubnis erhielt, die Bagdadbahn in einem Zeitraum von 8 Jahren zu erbauen, da erhob sich ein wahrer Entrüstungsturm in der gesamten englischen Presse. Deutschland am persischen Golf, das war England zu viel des Guten, obwohl an diesem Unternehmen nur 40 % deutsches Kapital, und je 30 % französisches und schweizerisches vorhanden war.

England witterte Gefahren für seinen Ueberlandweg nach Indien. Es war die ewige Angst um Indien. Nun heute spielt England die erste Geige am Persischen Meerbusen. Es herrscht in Mesopotamien. Und war es anders, als Deutschland nicht ohne weiteres seine mühsam errungene Stellung im Wirtschaftsleben Marokkos aufgeben wollte und den Hafen von Agadir besetzte? Auch damals schäumte ganz England vor Wut auf, denn es witterte eine Gefahr für Gibraltar. Es war eine eingebilddete Gefahr, denn niemals hätte der kleine Hafen von Agadir Englands Wächterrolle in Gibraltar bedrohen können. Dafür wurde der Bezirk von Tanger aus der spanischen Zone als ein Sonderbestandteil herausgenommen und das internationale Tangerstatut geschaffen. Ein heißender Kritiker dieser englischen Rassen-

anlage hat einmal den Ausspruch getan: Ein Engländer — ein Dummkopf, zwei Engländer — ein Fußballwettkampf, drei Engländer — das britische Weltreich. Ein hervorragender Spanier Madariaga hat dieses Aperçu noch übertrumpft, man brauche zum Britischen Weltreich nicht erst drei Engländer, einer genüge vollauf. Das Wesen des englischen Charakters sieht er im einzelnen in diesem Instinkt zur Kooperation, zum Hand-in-Hand-arbeiten. Dieses Organisationsgenie, das sich kollektiv auswirkt, ist wirklich der bewundernswertesten Zug des Aktionsmenschen.

Madariaga hat dies treffend mit den Worten geschildert: „Der Instinkt der Kooperation des Engländer ist an eine sehr bestimmte Gruppe gebunden, die nichts anderes ist als die Rassegruppe; nichts anderes will im Grunde der Begriff British Empire besagen, und darum ist es buchstäblich richtig, zu sagen, wo ein Engländer sei, sei auch das ganze Empire.“

Daselbe erleben wir heute. England sucht die Mitarbeit, die Mitwirkung der anderen durch den Völkerbund. Nachdem Frankreich, das anfangs dem Völkerbund den Stempel seines sturen Denkens aufgedrückt hat, versagt hat, reißt England nun die Führung an sich. Es schiebt den Völkerbund vor, nicht aus Cantbedürfnis, sondern aus dem instinktiven Gefühl, daß nur europäisches Zusammenstehen die kommenden Auseinandersetzungen zu überstehen vermag. Ein Völkerbund, der unter englischer Führung gestanden hätte, hätte den Bogen nicht ständig überspannt und die Mächtebalanz, wie sie der Krieg geschaffen, aufrechtzuerhalten gesucht. Die Welt bleibt nicht auf einem Fleck stehen. Dieses Wort Hoares hätte ein Franzose nie ausgesprochen. Die Mitarbeit, die heute England suchen muß, ist die Verständigung mit Italien über den Anteil, der Italien zugestanden werden kann und muß. Mussolini wird seine Ansprüche mäßigen müssen in seinem Interesse und in Rücksicht auf die europäische Gesamtlage. Das italienische Programm, das heute halbamtlich verkündet worden ist, sieht eine internationale Organisation über das gesamte abessinische Gebiet vor. Diese Organisation kann nur durch den Völkerbund durchgeführt werden. Falsch aber wäre es, etwa nur das alte antike Abessinien bestehen zu lassen, weil sich Abessinien noch nicht zu einer vollen staatlichen Einheit durchgerungen hat. Es kann nicht über den Kopf Abessiniens eine Teilung des Kaiserreichs in zwei oder drei Interessensphären stattfinden, wenn auch die verschiedenen Landschaften in geographischer und wirtschaftlicher Hinsicht von einander Abweichungen zeigen. Auch Abessinien muß gehört werden. Es kann leicht dahin kommen, daß Abessinien sich sonst zu einer Fortsetzung seines Unabhängigkeitskampfes entschließt, dessen Ausgang im Endergebnis nicht so zweifelsfrei einen italienischen Sieg ergeben dürfte. Italien hat als eine weitere Forderung den Besitz der Provinz Tigre erhoben, die es heute allerdings noch nicht im Besitz hat. Daß Abessinien einen Zugang zum Meere erhalten muß, erschien mehr als gerechtfertigt. Der englische Hafen Zaila kann in erster Linie dafür in Betracht kommen. Mussolini hat erklärt, kein Wüstensammler zu sein. Ein Gebiet wie Ogaden, in dem es noch im Oktober wolkenbruchartig regnet, ist keine sterile Wüste, sondern eine Landschaft mit steppenartigem Charakter. Wenn Abessinien noch einen Teil der Provinz Ogaden abtritt, hat Italien die Möglichkeit, sich hier ein weiteres wirtschaftliches Betätigungsfeld zu verschaffen.

Sir Hoare wird aber aus dem abessinisch-italienischen Streitfall die Folgerung ziehen müssen, daß der Gedanke der Zusammenarbeit der europäischen Mächte, dem er in der Rohstofffrage Ausdruck verliehen hat, nicht beiseite gelegt werden kann, wenn die akute Gefahr vorübergegangen sein sollte. Die Rohstofffrage muß gelöst werden, ebenso wie die brennende Frage der Währungsstabilisierung, der heute gerade am meisten England widerstrebt. Die Unruhe Europas

kommt aus diesem Punkte der Weltnot, die ein ununterbrochener Wirtschaftskrieg infolge der Pariser Diktate hervorgerufen und verschärft hat. Die Rohstofffrage ist keine Preisfrage. Es geht nicht an, daß die wichtigsten Güter der Welt sich in wenigen Händen befinden. Proletariervölker werden sich nie damit abfinden, nur die Brotsamen von der Herren Tische zu sammeln.

Bernhard Shaw hat in seinem Lustspiel „Der Schlachtenlenker“ Napoleon die Worte in den Mund gelegt: „Die Engländer sind eine Rasse für sich. Kein Engländer steht zu tief, um ein Gewissen zu haben, und keiner zu hoch, um gewissenlos zu sein. Aber jeder Engländer kommt mit einem ganz wunderbaren Talisman zur Welt, der ihn zum Herren der Welt macht. Er wartet geduldig, bis in ihm — Gott weiß wie — die tiefe Ueberzeugung erwacht, daß es seine moralische und religiöse Pflicht sei, diejenigen zu unterwerfen, die das haben, was er will. Dann wird er unwiderstehlich. Wie der Aristokrat tut er, was ihm gefällt, und schnappt, wonach ihn gelüftet.“

Wir haben aus dem Munde von Mr. Eden gehört, daß der abessinische Streit zu keinem Kubhandel führen soll, auch nicht zu einem imperialistischen. Es wird also England nachweisbar die moralische Seite in den Vordergrund stellen und die Sühnemaßnahmen in Kraft setzen, bis Italien sich mit dem zufrieden gibt, was ihm bereits von Genf geboten war. — Aber dann? Wird England auf neuen Wegen das afrikanische Problem lösen? Wird es für fair play sein?

Es gilt heute mehr denn je, die Ursachen der europäischen Spannungen zu beseitigen, nicht aber an den plötzlich zu Tage tretenden Erscheinungen herumzudoktern. Die Dinge in Ostasien sprechen eine deutliche Sprache. Die rote Flut sammelt ihre Kräfte zu neuen Vorstößen in Asien wie in Europa. Bedauerlicherweise findet in manchen englischen Kreisen die deutsche Neutralität und ihre korrekte Haltung nicht das gebührende Verständnis. Herr Churchill, Ministerkandidat, und gewisse Franzosen können sich noch immer nicht mit der deutschen Aufrüstung zufrieden geben. Die deutsche Armee dient nur der Ertüchtigung unseres Volkes. Den Engländern ist das Leben ein Wettkampf, aber nicht minder auch für uns.

Deutsches Volkstum in Südwest-Afrika im Kampf

Von Hans-Joachim Rust, Marburg (Lahn).

Unter den deutschen Schutzgebieten nimmt heute wie vor dem Kriege Südwestafrika eine besondere Stellung als die einzige deutsche Siedlungskolonie ein. Von den rund 24 000 deutschen Menschen, die 1914 in den deutschen Ueberseegebieten lebten, entfielen allein 12 300, also die Hälfte, auf Südwest. In weitem Abstand folgten Ostafrika und Kiautschou mit je wenig mehr als 4000 Deutschen, Kamerun mit 1650, Togo mit 320 und die Südseebestimmungen mit zusammen 1340 Deutschen. Diese Zahlen, die kein Urteil über die Besiedlungsfähigkeit unserer Kolonien sprechen, stellen aber klar die Besonderheit Südwests als eigentliche Siedlungskolonien unter den deutschen Schutzgebieten heraus. Die Nachkriegszahlen für die Deutschen in den Kolonien bestätigen diese Tatsache, wenn auch zu ihrem Verständnis daran erinnert werden muß, daß auf Grund von Versailles und der Kolonialschuldfrage alle Mandatarstaaten dazu übergingen, die Deutschen aus ihrer kolonialen Heimat zu treiben. Nur die Südafrikanische Union beschränkte die Ausweisung auf etwa die Hälfte der in Südwest ansässigen Deutschen, so daß bei Wiedereinsetzen der deutschen Einwanderung in die Kolonien das sich in Südwest erneut sammelnde Volkstum bereits

einen Grundstoß von gegen 6000 deutschen Menschen vorfand, während in allen anderen Kolonien die Deutscheniedlung von vorn beginnen mußte. So nimmt es nicht Wunder, daß auch heute wieder Südwest mit rund 13 000 Deutschen an der Spitze unserer Kolonien steht, die Vorkriegsstärke sogar überschritten hat, die in keiner anderen Kolonie wieder erreicht wurde. Ostafrika zählt 3000, Kamerun 230, Togo 100, das Südseegebiet zusammen (einschließlich Kiautschou) 650 Deutsche (die Zahlen nach Jacob: Deutsche Kolonialkunde, 1934). Es sind also nach Südwest in der Nachkriegszeit mehr Deutsche ausgewandert als in die anderen Kolonien zusammen, so daß heute das südwestliche Deutschland zahlenmäßig sogar dreimal so stark ist wie das Deutschland in den übrigen Kolonien. Müssen wir hierbei zwar berücksichtigen, daß die Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist und daß gerade in Südwest gegenüber Ost, Kamerun, Togo und der Südsee von der Mandatsregierung die besten Einwanderungsbedingungen geboten wurden, so bleibt doch die mit der Vorkriegszeit gleichlaufende Tendenz bevorzugter Siedlung in Südwest auffällig. Denn es darf nicht vergessen werden, daß die günstigeren Einwanderungsbedingungen eben nur relativ, nur im Hinblick auf die anderen Kolonien, zu verstehen sind. An sich sind auch die Einwanderungsbestimmungen für Südwest eher als einwanderungshemmend denn als einwanderungsfördernd zu bezeichnen. Zudem war und ist die politische und kulturelle Lage des Deutschlands sowie die allgemeine wirtschaftliche Lage Südwests — mit Ausnahme weniger Jahre — nichts weniger als anziehend. Die Südwest bevorzugende Deutscheniedlung muß also — und das ist das Entscheidende für unsere Betrachtung des kolonialen Deutschlands in Südwest als deutsches Volkstum — auch ihre objektiven Gründe haben.

Wenn wir nach ihnen fragen, erinnern wir uns der Forderung, die Süderitz seinem Mitarbeiter Vogelsang mit auf den Entdeckerweg gab: koloniales Land zu suchen, das in erster Linie klimatisch für Europäersiedlung geeignet sei. Daß die Wahl — soweit beim Stand der kolonialen Aufteilung Afrikas zu Ende des vorigen Jahrhunderts noch von Wahl die Rede sein konnte — auf die südwestafrikanische Küste fiel, wurde bestimmt durch zwei Momente: durch die Forderung nach mineralischen Bodenschätzen und durch die Tatsache reichen Weidelandes im Norden. Die wertvollen Kupferminen von Otavi, die bereits seit den ersten Kolonialjahren abgebaut wurden, und die günstigen Farmmöglichkeiten sind aber für die Siedlungsgeschichte Südwests weniger wichtig als der 1908 erfolgte Diamantfund von Süderitzbucht. Und lassen sich in der Besiedlung Südwests vor dem Kriege zwei Höhepunkte der Einwanderung unterscheiden, nämlich nach der Befriedung des Landes durch die endliche Niederwerfung der Herero und Hottentotten 1904 und nach dem Diamantfund, dann ist das Jahr 1908 für die zahlenmäßige Entwicklung des Deutschlands in Südwest das weit wichtigere. Damit wird keineswegs die Bedeutung des Farmers für den Aufbau des südwestlichen Deutschlands bewertet, wohl aber die breite Basis aufgezeigt, auf der die deutsche Einwanderung zu einem geschlossenen Volkstum zusammenwachsen konnte. Es sind jene objektiven Momente, die die Voraussetzung für eine Siedlungskolonie bieten: unter einem gesunden Klima waren die Möglichkeiten für ein bodenständiges Farmertum, für organisch wachsende Städte und für jene handwerkliche, industrielle und freie Berufstätigkeit gegeben.

Nun ist einzuwenden, daß diese wirtschaftlichen Grundlagen nicht weniger auch in anderen Kolonien vorhanden sind; z. B. ist auch Ostafrika reich an Bodenschätzen; es gibt dort Pflanzungen und Plantagen und in den Städten jede Art der Berufsmöglichkeit. Die klimatische Gunst in den Hochländern Ostafrikas und Kameruns steht derjenigen Südwests kaum nach; und wo sie in tieferen Regionen natürlich nicht gegeben ist, wird die Besiedlung durch Weiße dank unserer hygienischen Maß-

nahmen und medizinischen Präparate künstlich möglich. Das Unterscheidende und Entscheidende ist aber die Arbeitsmöglichkeit, wie sie für den Europäer in Südwest oder in den übrigen Kolonien möglich ist. Gewiß arbeitet der Weiße sowohl hier wie dort; und doch ist der Unterschied kein gradueller sondern ein grundsätzlicher, wie er überhaupt zwischen Tropen und Nichttropen besteht. Ganz allgemein läßt sich sagen, daß je weniger der weiße Mann auf die Mitarbeit der Eingeborenen angewiesen ist, je mehr er also selbst durch seiner Hände Arbeit den kolonialen Boden nach seinem Willen unterjocht und nach seiner Art gestaltet, desto weniger bleibt er nur Herrschaft in der Kolonie, desto tiefer verwurzelt er wie echtes Volkstum mit der neugewonnenen Heimat. Darum wird in den Tropen niemals ein europäisches Volkstum entstehen, stets nur eine weiße Herrschaft das eingeborene Volkstum überlagern. Denn hier ist die Arbeitsintensität des weißen Mannes außerordentlich beschränkt. Anders in Südwest. Theoretisch ist denkbar, daß dank des Klimas jede Arbeit vom Europäer verrichtet werden könnte. In weitestem Ausmaß ist das auch der Fall. Wenn es nicht im vollen Umfang der gebotenen Möglichkeit geschieht, dann im Wesentlichen nur aus wirtschaftlichen Gründen. Zwar bildet der Eingeborene Südwests lediglich die Schicht des — nennen wir sie — „ungelernten“ Arbeiters. Aber schon in dieser Beschränkung liegt eine doppelte Gefahr: einmal verhindert sie die letzte, tiefste Verwurzelung des deutschen Volkstums in der kolonialen Heimat; zum andern verbindet sich hier an der gefährdetsten Stelle die Rassen- mit der sozialen Frage.

Wenn wir den sozialen Aufbau des deutschen Volkstums im heutigen Südwest betrachten, fällt weiterhin das Fehlen des Beamten und Soldaten auf, jener Elemente, die gerade mit 37 % das berufliche Vorkriegsbild charakterisierten. Sie bildeten nahezu die Hälfte der auf Grund des Versailler Vertrages ausgewiesenen Deutschen. Damit verlor das Volkstum eine wesentliche Quelle seines Zustromes; denn viele ausgediente Schutztruppel und Beamte wurden in Südwest festhaft. Andererseits waren es jene Elemente, die nach ihren kolonialen Pflichtjahren wieder ins Mutterland heimstrebten, damit wohl einen beträchtlichen Teil des stetigen Hinunterflutens lebendiger Verbindungen zwischen Kolonie und Reich darstellend, aber nur von bedingter Bedeutung für die Einwurzelung des Deutschlands in den südwestlichen Boden. Um tiefer in die Berufsstruktur der heutigen deutschen Bevölkerung Südwests einzudringen, fehlen leider die Unterlagen. Wir müssen daher die deutsche Vorkriegsstatistik befragen und können es im Rahmen dieser allgemein gehaltenen Ausführungen umso eher tun, als andere wesentliche Veränderungen nicht eingetreten sein dürften. Es gab 1913 (nach Abzug der Schutztruppel und Beamten) unter 4 641 Berufstätigen: 1 220 Ansiedler, Farmer, Pflanzler und Gärtner, 205 Techniker, Bauunternehmer, Ingenieure, 1 607 Handwerker, Arbeiter, Bergleute, 836 Kaufleute, Händler, Gastwirte, Frachtfahrer, 19 Ärzte, 15 Rechtsanwälte, 739 sonstige Berufe und Berufslose. Was bereits bei der Darstellung der wirtschaftlichen Basis in Beziehung zur Einwanderung hervorgehoben wurde, findet in dieser Berufsstatistik seine Parallele: das Ueberwiegen der städtisch-technischen Berufe (57,8 %) über die landwirtschaftlichen (26,3 %), (die Zahlen und Prozentrechnung nach von Schöllnbach: Die Besiedlung Deutsch-Südwestafrikas bis zum Weltkrieg, 1926).

Für unsere weitere Betrachtung wäre eine Gegenüberstellung der leider auch nicht vorhandenen — Berufsstatistik des buriischen Bevölkerungselementes Südwests wichtig. Nicht nur vertieft sich dadurch das Charakterbild der Sozialstruktur des deutschen Volkstums und seiner Lebensform, sondern es träten auch die Spannungen im Ringen der beiden Volksgruppen um den südwestlichen Boden deutlich heraus. Ebenso fehlen die spezialisierten Unterlagen für den Vergleich von Geschlechterverteilung, Alters-

aufbau, Geburtenhäufigkeit wie Sterblichkeit (— Momente, die auch im Hinblick auf die Bevölkerungsbewegung der Eingeborenen von Bedeutung sind). Wieder nur im allgemeinen läßt sich sagen, daß innerhalb des Burentums (billigerweise auch hier die Beamten, Polizei und sonstigen Staatsangestellten nicht gerechnet) der Farmer zahlenmäßig überwiegt und daß die Kinderhäufigkeit weit größer als bei den Deutschen ist. Hieraus folgert eine gegenüber dem deutschen Volkstum wesensandere Berufsstruktur und Nachwuchsgrundlage. Während sich das Burentum aus der Fruchtbarkeit der eigenen Familien zu erhalten vermag, dürfte das deutsche Volkstum dazu heute noch nicht in der Lage, sondern für seine Erhaltung auf den Nachschub aus dem Reich angewiesen sein. Diese Feststellung darf nicht ohne weiteres als deutsche Unterlegenheit verstanden werden. Der Zustrom aus Europa bedingt vielmehr gerade die kulturelle Ueberlegenheit des südwestlichen Deutschland über die Buren. Und in dieser kulturellen Ueberlegenheit liegt z. B. eine stärkere kolonialisatorische Kraft als in der größeren burischen Kinderzahl. Denn jede Kolonisation beruht auf dem kulturellen Hochstand des Kolonialvolkes, getragen vom Kinderüberschuß des Mutterlandes. Verfiegt allerdings dieser Zustrom, dann vermag zwar die kulturelle Ueberlegenheit allein nicht mehr die Dauer des kolonialen Volkstums zu gewährleisten. Immerhin wird auch dann noch nicht für die südwestlichen Verhältnisse der Kinderreichtum allein ausschlaggebend werden. Vielmehr sind auch die verschiedenen Charaktereigentümlichkeiten der beiden Volksgruppen zu berücksichtigen. Die größere Sefthäftigkeit des Deutschen auf dem einmal gewonnenen Boden steht der am Buren immer latent vorhandenen Lust zum Trecken, bäuerliche Art der Nomadenhaftigkeit gegenüber. Sein dabei schwerfälliger Hang zum Konservieren kontrastiert mit der größeren Unternehmungslust und Beweglichkeit des Deutschen, so z. B. im wirtschaftlichen Lebensbereich zu Tage tretend. Als im Gefolge des Zusammenbruchs der in erster Linie auf den Binnenmarkt eingestellten südwestlichen Wirtschaft durch Stilllegung der Minen und Diamantfelder die Farmerschaft vorm Ruin stand, und intensivere Betriebsführung allein noch helfen konnte, gingen die Deutschen dazu gewandt über (Aufschwung der Karakulzucht unter deutscher Führung), der Bur aber hielt an der gewohnten extensiven Betriebsform fest und dachte sogar an Abwanderung. Denn lieber weicht er einer Schwierigkeit aus, als daß er, wie der Deutsche, sie paßt und überwindet.

Dennoch ist die Kinderfrage zentral wichtig. Denn im Kinderreichtum liegt die Dynamik des elementaren Lebens und der Beweis des Lebensrechtes. Um dem Vergleich mit den burischen Verhältnissen aber gerecht zu werden, ist zu berücksichtigen, daß es sich bei den südwestlichen Buren um die kinderreichsten Teile eines seit Generationen in Afrika wurzelnden Volkstums handelt, während das deutsche Volkstum noch in der ersten Generation auf dem kolonialen Neuland lebt und zu einer eigentlichen Entfaltung noch gar nicht gelangen konnte. Doch ist zweifelhaft, daß bei der stark städtischen Zusammensetzung der deutschen Berufs- und Sozialstruktur eine wesentliche Änderung der Geburtenziffer zu erwarten sein kann. Es erscheint daher notwendig, daß das südwestliche deutsche Volkstum auf eine gesündere Grundlage gestellt wird. Eine gewisse Umschichtung hat sich bereits unter dem Druck der Wirtschaftsnot in der Richtung vollzogen, daß eine Anzahl der Arbeitslosen aus den technischstädtischen Berufen in der Farmwirtschaft Beschäftigung fand — an sich, als Hilfsmaßnahme eine dankbar zu begrüßende, zeitbedingte Lösung und (besonders im Hinblick auf das Nebeneinander von Schwarz und Weiß) der von der Mandatsregierung ausgegebenen Beschäftigung bei Notstandsarbeiten bei weitem vorzuziehen. Aber: wie in der Wirtschaftsnot überhaupt, so liegt auch in dieser Bewegung eine Gefahr, indem sie nämlich Ausdruck für das Sinken des deutschen Lebensstandards ist. Die dem

burischen überlegene Höhe des deutschen Lebensstandards ist ja gerade die materielle Voraussetzung für die kulturelle Ueberlegenheit des deutschen Volkstums. Ein Absinken des Lebensstandards löscht die völkischen Grenzen, leistet einer Vermischung Vorschub und führt zur Auflösung des Volkstums. So wichtig also die Erhaltung der kulturellen Ueberlegenheit ist, so wenig ist mit einer Stadt-Landbewegung an sich getan, die lediglich in das Angestelltenverhältnis auf einer Farm führt. Als Voraussetzung eines größeren Kinderreichtums ist nur die Schaffung selbständiger, lebensfähiger Farmbetriebe denkbar. Diese Forderung führt mitten hinein in die Frage nach der Verteilung des deutschen und burischen Elementes über den südwestlichen Boden und nach der Besiedlungsfähigkeit des Landes durch Weiße neben den 87 500 innerhalb der Polizeizone wohnenden Eingeborenen überhaupt.

Die Polizeizone umfaßt das bis heute der Weißensiedlung erschlossene Gebiet, einschließlich der bis auf einige Küstenplätze siedlungsfeindlichen Namibwüste und läßt außerhalb ihrer Grenze das Kaokoefeld im Nordwesten, das tropenähnliche Ambo-land mit Caprivizipfel im Norden und das „Große Durstfeld“ im Nordosten, Landstriche, die für Erweiterung einer Siedlungskolonie ihres Klimas wegen nicht die geforderten Voraussetzungen bieten können. Zur Darstellung der weißen Volksverteilung innerhalb der Polizeizone haben Paul (Deutsche, Buren und Engländer in Südwestafrika, 1931) und Obst (Das Deutschland in Südafrika, 1934) Karten gezeichnet, die beide mehr den guten Willen ausdrücken, als im einzelnen zuverlässige Auskunft geben, da auch ihre Quellen nicht befriedigen. Doch stimmen sie im Großen darin überein, daß im nördlichen Abschnitt ein Ueberwiegen der Deutschen, im Süden ein Ueberwiegen der Buren — mit der einen wichtigen Ausnahme: Lüderitzbuch — zu beobachten ist. Dazwischen schiebt sich im Verlauf einer schematisch darzustellenden Grenzzone das Rehoboth Bastardland mit einer längs des Südrandes des Komasshochlandes westwärts und einer auf dem Wendekreis ostwärts ausstrahlenden Grenzlinie. Es entspricht diese Grenze zwischen Deutschen und Buren etwa der früher blutig umkämpften Trennungszone zwischen Damaraland, dem Stammesgebiet des Herero, und Groß-Namaland, dem Stammesgebiet der Hottentotten. Von einem weiteren Vergleich dieser Gebiete abgesehen, die auch geologisch und geographisch kontrastieren, interessiert hier die für die Besiedlungsgeschichte und -fähigkeit des Landes wichtigste Feststellung: der Süden ist mit 150—220 Millimeter jährlich sehr mangelhaft beregnet; der nördliche Abschnitt „weist mindestens in normalen Regenjahren ausreichende Niederschlagsmengen auf (4—500 Millimeter)“ (nach Obst siehe oben). Es war selbstverständlich, daß die Deutschen, als die ersten im Land, das bestberegnetste und zugleich für intensivere Farmbewirtschaftung, die Rindviehzucht mit Gelegenheit zu Garten- und Feldbau geeignete Gebiet für sich in Anspruch nahmen und nach Niederwerfung der Herero zunächst dichter besiedelten, dann sich erst nach Süden und schließlich auch Osten in den Bereich der Trockensteppe der Kalahari ausdehnten. So kommt es, daß das erst nach dem Krieg hereinströmende Burentum mit dem weniger beregneten Süden vorliebnehmen mußte, der für die extensiven, dem Buren allerdings gemäßigere Farmbewirtschaftungsform, die Schafzucht, günstig ist. Doch schränkt das Hereinströmen der Buren (1913 rund 2000 heute über 18 000) die Ausdehnungsmöglichkeit Südwests überhaupt grundsätzliche Bedeutung. Ungeachtet des Streites der Wissenschaftler und Kenner von Kolonialbeginn an, der Optimisten (Chorbecke) und Pessimisten (v. François), ob bereits mit 20 000 Weißen neben den Eingeborenen oder erst mit mehreren 100 000 Südwest voll besiedelt sei, hat die weiße Bevölkerung seit 1884 eine Stärke von rund 33 000 erreicht. Das bedeutet eine Verdoppelung gegenüber 1913, eine Vermehrung in der Nachkriegszeit um rund 27 000 Menschen. Mag nun diese jährliche Bevölkerungsteigerung ohne genügende Wassererschließung oder die

jahrelange Dürre (die schon als „Austrocknung Südafrikas“ die Gemüter erregt und die Wissenschaft interessiert) oder der Erosionsvorgang die Ursache sein: Wasserverringerung und Weiderverschlechterung sind in allen Landesteilen zu beobachten, so daß von einer weißen Ueberbevölkerung Südwests nicht ohne Grund gesprochen werden kann. Ohne Zweifel läßt sich hier durch farmwirtschaftliche und technische Maßnahmen (vor allem Dammbauten, wie sie in Großprojekten schon unter deutscher Verwaltung z. B. von Rehbock ausgearbeitet wurden, aber auch durch ein System von Grundschwellen im Einzugsgebiet der Keviere und Omuramben) auf die Natur regulierenden und durch wasser- und forstwirtschaftliche Gesetzgebung auf den Menschen erzieherischen Einfluß gewinnen. In dieser Situation ist es in zweifacher Hinsicht wichtig, daß sich das Deutschtum in dem besser berechneten Norden konzentriert, da es einmal hier von der Wassernot z. St. weniger betroffen wird und zum andern die Verbesserungsmaßnahmen des Wasserhaushaltes größeren Erfolg erwarten lassen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dann gerade im deutschen Siedlungsgebiet sich die alte Hoffnung auf eine große Anzahl lebensfähiger Kleinsiedlungen (wenn für sie auch die wirtschaftliche Voraussetzung der Absatzmöglichkeit auf nahen Märkten geschaffen wird) erfüllt. Es ist eine alte Streitfrage, ob der Groß- oder der Kleinbetrieb die Südwest gemäße Farmform wäre. Die Antwort kann darum nicht allgemein gegeben werden, weil die verschiedenen Regenverhältnisse im Norden und Süden verschiedene Farmgrößen fordern. Die Normalfarm wird heute mit 5000 Hektar angesehen: für die Verhältnisse des Südens und auch Ostens reicht dieser Inhalt nicht aus. Es gibt aber Farmen bis zu 60 000 Hektar, die auch für die südlichen Verhältnisse als zu groß angesprochen werden müssen. Gerade diese Monstrefarmen, die, zumeist im deutschen Besitz, Enklaven im buriischen Süden bilden, sind eine Gefahr für die Erhaltung des Deutschtums. Steht auch die Forderung nach Verbesserung der Wasserverhältnisse, an der die deutsche Technik und Wissenschaft mitzuarbeiten verpflichtet ist, an erster Stelle, so muß zur Erhaltung des deutschen Volkstums durch Vermehrung eines selbständigen deutschen Farmertums eine deutsche Bodenreform und -politik angestrebt werden, die die Bereitstellung von Farmland für den deutschen südwestlichen Nachwuchs und die deutsche Neueinwanderung zum Ziel hat.

Unter den Einwanderern findet man, abgesehen von der beruflichen Unterscheidung, den eigenwilligen, herrischen Typ, der weniger um des Abenteurers willen aus dem Mutterlande ging, als vielmehr weil die Entfaltung seines Ichs Absonderung forderte. Es sind die Einzelgänger eines Volkes die zu Kolonisatoren geboren sind. Und dieser einzelgängerische Mensch, dessen mitgebrachte Veranlagung in der Weite der Steppe, unter der Grausamkeit der afrikanischen Sonne — der zerrissen und zerschunden vom Dornbusch eine letzte Gestaltung der individuellen Charakterlichkeit erfährt: wie kann er mit den Vielen seinesgleichen eine Volksgemeinschaft bilden? Wie wird aus dem asozialen ein sozialer Mensch? Sie, die aus allen Teilen Deutschlands kommen, haben alle das gleiche Blut; das ist das Wichtigste ihrer Verbundenheit. Sie sprechen eine Sprache und sie haben alle ein Heimweh — trotzdem —: nach Deutschland. Die gleiche Unruhe trieb sie hinaus, und sie finden draußen die gleiche Genugtuung in der Entfaltung ihres Ichs. Die weite trennende Steppe führt sie auch wieder zusammen in der Liebe zur neugewonnenen Heimat, in der Not der grenzenlosen Einsamkeit und der Wunden, die der Kampf schlägt. Gewiß ist Hilfsbereitschaft die gerühmte, allgemeine afrikanische Tugend; sie ist in allen Kolonien zu Haus und unterscheidet nicht zwischen den Völkern. Aber das überindividuelle Schicksal des südwestlichen Raumes, das seit 1884 in die Geschichte vom Werden des deutschen Volkes einging, hat über die Persönlichkeits- und Stammesunterschiede hinweg gemeinsame

Volkstumszugehörigkeit bewußt gemacht. Die Morde und Schrecken der Eingeborenenkriege, der Segen des Diamantensfundes, die Not der Seuchen und Dürren, die Hoffnung im Elend und die Enttäuschung nach dem Erfolg haben den kolonialdeutschen Menschen geschaffen und die kolonialdeutsche Volksgemeinschaft zusammengeschweißt, nicht anders als deutsches Volkstum auf dem Kolonialboden des Mittelalters vor den Ostgrenzen des Reiches erwachsen ist, nur in afrikanischer Ausprägung. Und in diesem geschichtlich gewordenen Bewußtsein deutscher Eigenart auf afrikanischem Boden bestehen heute diese eigenstrebigen Menschen ihre gemeinsame politische Not im Kampf um die Erhaltung ihres Volkstums. Denn daß Sprache und Boden deutsch bleiben, ist nicht mehr allein Recht der Lebenden, sondern die Forderung für die Zukunft der kommenden Generation. Denn als deutsche Mütter und Väter haben die vielen Tausend Einzelgänger als Volkstum ihre letzte und tiefste Gemeinsamkeit gegründet.

Der nächste Schritt über die Volkstumswordung hinaus ist die nationale Verselbständigung. Die europäische Blutsbildung zerreiht, der koloniale Boden fordert seine staatliche Formung. Diese Entwicklung ist in allen früheren Geschichtsepochen dort zu beobachten, wo vom Mutterland meeresfern getrennte Siedlungskolonien zu völkischem Eigenleben erwachten. Das klassische Beispiel ist im nordamerikanischen Raum die Entstehung der Vereinigten Staaten. Ihre staatliche Form scheint im allgemeinen im Zusammenschluß zunächst aus getrennten, über die Raumweite des jeweiligen Neulandes zerstreuten, zu Staatsindividuen gewachsenen Siedlungszellen zu Unionen zu bestehen. Eine solche Tendenz zur nationalen Verselbständigung erleben wir heute im Zusammenschluß der früheren Burenrepubliken mit Natal und Kapland zur Union von Südafrika. Die Grenze der nationalen Verselbständigung ist unter den modernen Verkehrsverhältnissen, die die trennende Meerferne im Maß der technischen Möglichkeiten schrumpfen läßt, enger gezogen. Aber die eigentliche Wurzel der nationalen Verselbständigung überseeischer Siedlungskolonien wird von dieser technischen Wandlung nicht berührt. Ihr Nährboden ist das staatliche Denken überhaupt. Stellen wir ihm heute das Denken in Volk und Volkstumszugehörigkeit als Richtlinien unseres Handelns gegenüber, dann mag Südwest vor der letzten Entwicklung zur staatlichen Verselbständigung von dieser Seite her bewahrt bleiben. Eine Gefahr bleibt aber das Mandatsystem, das je länger es besteht, desto mehr den staatlich latenten Zustand Südwests verwischt und zu eigenstaatlichem Leben gelangt. Es wird verwischt, daß deutsches Volkstum durch Blut und Schweiß sich den südwestlichen Boden zu eigen machte und daß der Raub Südwests im Versailler Vertrag ein imperialistischer Akt des südafrikanischen Nationalismus war. Im Mandatsstaat Südwest ist das deutsche Volkstum nur ein Bevölkerungsbestandteil neben den Buren geworden. Damit reißt die künstlich Staat gewordene Siedlungszelle Südwest heran, im Unionsverband Südafrikas (als sogenannte „fünfte Provinz“) aufzugehen. Der imperialistische Traum, den die Buren vom großen Cecil Rhodes übernahmen, die Räume zwischen Kap und den Tropen in einem staatlichen Gebilde vereint zu sehen, wäre seiner Verwirklichung einen Schritt näher gebracht.

Im Ringen Südwests stehen sich also im deutschen Volkstum und im Burentum die Träger zweier politischer Gestaltungskräfte gegenüber: Staatsidee und Volksidee. Siegt der nationale Imperialismus, dann unterliegt das Blut der verselbständigenden Kraft kolonialen Siedlungsbodens; aber nur der Sieg der Idee des Volkstums wird den südwestlichen Boden willig machen, deutsches Blut in seiner Bindung zum Mutterland in die Zukunft zu tragen.

Die Südwestler kämpfen darum.

Der Wettlauf zwischen Krieg und Frieden

Von Dr. Paul Mohr.

Die Atempause ist beendet. — Die Suche nach einer friedlichen Lösung. — Die zerstörte Hoffnung Frankreichs auf Anwendung des Automatismus des Artikel XVI. — Der Artikel XVI war auf Deutschland gemünzt. — Italiens Kriegswirtschaft. Eine schwarze Einheitsfront gegen Weiß in Bildung. Auch die islamische Welt erklärt ihre Sympathie. Das Wesen englischer und französischer Kolonialpolitik.

Die Sturmpause, von der der englische Premierminister Baldwin in seiner Unterhausrede gesprochen hat, ist nicht von sehr langer Dauer gewesen. Sie ist in Wahrheit kaum bemerkbar gewesen. Denn abgesehen von dem italienischen Vormarsch, der am 28. Oktober, dem Jahrestage der faschistischen Revolution, begonnen hat, sind die militärischen und politischen Maßnahmen der hauptbeteiligten Genfer Mächte von einer Deutlichkeit, die an den zunehmenden Ernst der Lage nicht zweifeln läßt, mögen auch hin und wieder Entspannungsmomente eintreten, mag auch das Geraune über „Friedensvorschläge“ hinter den Kulissen nicht aufhören. Man sucht nach Formeln zur Beseitigung des Kriegszustandes, um Italiens Ausdehnungsbedürfnis mit den Belangen des Negus auszugleichen.

Die englischen Vorsichtsmaßnahmen im Mittelmeer haben noch in keinem Punkt ein Nachlassen gezeigt, ebensowenig die italienischen in Dodekanes oder in Italien selbst. Das Tauschgeschäft Schiffe gegen Divisionen ist gescheitert. Alexandria wird zu einer Flottenbasis ersten Ranges ausgebaut. Ungeheure Mengen von Kriegsgeräten sind hier aufgestapelt worden. Jüngst sind wieder 170 Flugzeuge nach Abukir gebracht worden, das die eigentliche Flugstation geworden ist. U-Boot-Stahlnetze sperren den Hafen von Alexandria und lassen nur eine schmale Hafeneinfahrt frei. Italienische Schiffe dürfen sich nur 24 Stunden in den englischen Häfen aufhalten. Malta wird weiter befestigt, ebenso Haifa und Aden in Kriegszustand gesetzt. In Palästina werden englische Manöver abgehalten. Auch Haifas Hafen ist gegen U-Boot-Angriffe geschützt. Das alles sieht nicht gerade nach Entspannung aus. Australien hat seinen Kreuzer „Sidney“ England zur Verfügung gestellt. Die Fährlein sind leicht an die Stange gebunden, es ist aber schwer, sie mit Anstand wieder herunterzuholen.

Auch Italien hat seine Zwölfinselngruppe nach allen Regeln der Kunst gesichert. Besonders die Inseln Eros und Rhodos sind zu hervorragenden Stützpunkten für Land- und Luftstreitkräfte hergerichtet worden. 15 000 Mann Spezialtruppen sind über die einzelnen Inseln verteilt worden. Riesige unterirdische Petroleum- und Oeltanks sind auf den Inseln Calymnos und Partheni geschaffen worden.

Inzwischen haben die diplomatischen Verhandlungen gleichfalls ein beschleunigtes Tempo angenommen, nachdem die Mitgliedstaaten der Völkerliga ihre Erklärungen betr. der Waffen- und Kredit Sperre bekanntgegeben haben. Bis jetzt haben 45 Staaten die Waffensperre, 43 die Kredit Sperre und 42 die wirtschaftlichen Sühnemaßnahmen angenommen.

Wie bekannt haben Oesterreich, Albanien, Ungarn, die Schweiz und Argentinien eine Beteiligung an den Sühnemaßnahmen abgelehnt. Die Vereinigten Staaten haben eine Beteiligung nicht zugesagt, sondern an die Maßnahmen erinnert, die sie bereits im Interesse der Neutralität getroffen haben. Daß die Staaten, die dem Völkerbund nicht angehören, sich an Sühnemaßnahmen beteiligen, ist nicht anzunehmen.

Völkerbundsmaßnahmen zur Durchführung des Kriegesverbotes sind bisher niemals angewandt worden. Weder im Mandschurenkonflikt, noch im Chacokrieg. Au-

Litauen, das doch zweifelsohne ein kriegerischer Angreifer war, als es mit seinen Freischaren Memel besetzte, wurde nicht mit Sühnemaßnahmen bestraft.

Die mangelnde Einigkeit der Völkerbundsmitglieder in der Sanktionsfrage hat Baldwin veranlaßt, sich in dieser Frage etwas zurückhaltender auszusprechen als Sir Hoare getan hat. In einer Wahlrede in Wolverhampton hat er erklärt, eine Blockade sei jetzt nicht zu befürchten, aber sie könne sich einmal aus Sanktionen entwickeln. „Ich würde es nie gutheißen, daß England sich auf eine Blockade dieser Art einläßt, es sei denn, daß es der freundschaftlichen Unterstützung Amerikas, Deutschlands und Japans sicher ist.“

Schon in einer anderen Rede hatte er geäußert, daß die Sanktions Schraube, wie er sie sich vorstelle, in der heutigen Zusammensetzung des Völkerbundes unmöglich sei.

Der Kampf um die Anwendung der Sühnemaßnahmen, der zwischen England und Frankreich mit diplomatischen Kundmachungen fast in dramatischer Form ausgefochten wurde, hat für die Welt die Tatsache offen enthüllt, daß Frankreich mit seinen hintergedanken auf Deutschland zielte, es wollte England für alle Fälle an seiner Seite wissen, besonders in dem Fall, den Frankreich nur im Auge hatte, und dieser Fall war Deutschland. Gegen Deutschland war der Art. 16 mit allen seinen juristischen Fußangeln geschaffen worden. Es war eine Probe aufs Exempel. Frankreich wollte durch einen Bündnismechanismus die Lage von 1914 kopieren im Falle daß... England dagegen möchte die friedliche Entwicklung der heutigen Staatenwelt durch elastische Behandlung sichern. Es ist ein Kompromiß zum Abschluß gelangt.

Italien scheidet sich an, den Sühnemaßnahmen und ihren Folgen wie einem unvermeidlichen Schicksal zu begegnen. Daß sich sofort ernste Wirkungen der Sühnemaßnahmen zeigen, ist ausgeschlossen. Es wird längere Zeit dauern, bis sie wirklich drückend und unerträglich werden und Italien zum Nachgeben stimmen werden. Es nimmt den Kampf gegen die Koalition der Egoisten und Plutokraten auf. Die Frage erhebt sich hier: Wird Italien den Krieg nicht nur wirtschaftlich, sondern auch finanziell durchhalten, besonders wenn der Krieg von langer Dauer sein sollte? Die Frage ist mehr als berechtigt. Wenn Italien nicht größere durchschlagende Erfolge in den nächsten Wochen erringt, dann werden auch stärkere wirtschaftliche Maßnahmen getroffen werden, die Italiens ganze Existenz aufs Spiel setzen würden. In diesem Krieg aber geht es um mehr als einen Kolonialkrieg, es geht nicht nur um Völkerbund und Völkerpakt, um Englands Achillesferse im Mittelmeer, es geht um Schwarz gegen Weiß, um den ersten großen Rassenkampf, der für die Zukunft größte Gefahren birgt. Der Duce wird sich auch nicht verhehlen, es geht um den Faschismus. Mögen die Wortführer der englischen öffentlichen Meinung noch so schöne Beteuerungen abgeben, daß niemand den Faschismus treffen wolle, er wird getroffen werden, wenn er das Maß des Möglichen und Erreichbaren in Afrika heute überschreitet.

Die englische Politik hat umfassende Untersuchungen angestellt über die wirtschaftliche Lage Italiens und die Aussichten, den Krieg glücklich überstehen zu können. Das englische Royal Institute of International Affairs hat seine Schrift „The Economic and financial position of Italy“ (Oxford University Press) auf den neuesten Stand gebracht und die Gründe dargestellt, die Italien zu seinem folgenschweren Schritt bewegen haben. Italien hat, wie ja bekannt ist, seine Bevölkerung von 1871 bis heute um 16 Mill. vermehrt. Seine Abhängigkeit in bezug auf die lebensnotwendigsten Rohstoffe ist außergewöhnlich. Es hat nur seinen blauen Himmel, wie Mussolini einmal sarkastisch bemerkt hat. Wohl hat es seine Getreideschlacht gewonnen und dadurch seine Ernährung gesichert. Seiner Kriegsindustrie fehlen aber die unentbehrlichsten Rohstoffe. Dazu

gehört Baumwolle, von der 99 Prozent eingeführt wird, Wolle kommt zu 80 Prozent, Kohle zu 95 Prozent, Kupfer zu 99 Prozent, Mineralöl zu 98 Prozent aus dem Ausland. Aber auch andere Erze wie Chrom, Mangan, Blei, Zinn, Zink fehlen ihm, so daß es in diesen Artikeln in wenigen Monaten in die größten Schwierigkeiten geraten kann. Jedes Kriegsmaterial, was verbraucht wird, muß baldigst ersetzt werden. Die Einfuhr an Kohle in 1934 betrug 12 734 000 t, an Petroleum 1 504 000 dz, Benzin 3 482 000 dz, Schrott 7 317 000 dz, Eisen und Stahl 1 260 000 dz.

Italiens Reserven an Gold und Devisen sind beschränkt. Die Banca d'Italia hat in ihrem Bericht vom 20. Oktober mitgeteilt, daß der Goldbestand von 4025 Mill. Lire auf 3966 Mill. Lire abgenommen hat. Der Devisenbestand ist von 412 Mill. auf 379 Mill. Lire zurückgegangen. Der Notenumlauf nahm von 15 425 Mill. auf 15 270 Mill. ab.

Seit Jahren weist der Staatshaushalt ein größeres Defizit auf. Es hat Jahr für Jahr zugenommen. 1931/32 hat es 3958 Mill. betragen, 1932/33 3622 Mill. und 1933/34 6458 Mill. In vier Jahren ist demnach ein Gesamtminus von 14 697 Mill. entstanden. Insgesamt betrug die schwebende und konsolidierte Schuld 105 Milliarden. Italien hat den Weg der Anleihe beschritten. Daß es finanziell auch bei einer Kriegsdauer von längerer Zeit die Folgen der wirtschaftlichen Maßnahmen tragen kann, ist mit Wahrscheinlichkeit zu vermuten.

Somit bleiben die wirtschaftlichen Sanktionen, die am 18. November in Kraft getreten sind. Ihre Wirksamkeit wird davon abhängen, inwieweit sie ohne Verschärfung durchgeführt werden können, ohne den Frieden direkt in Gefahr zu bringen und Mussolini zum Nachgeben zu zwingen. Die Gefahr eines Weltkonflikts ist nicht behoben. Sie nützt auch nicht England. Sie würde dem Weltbolschewismus nur neuen Auftrieb geben. Schon hat Moskau die Sache der Schwarzen aller Welt zu der seinigen gemacht. Der „Intransigeant“ brachte hierüber einen Warnruf, der die französischen Beklemmungen deutlich offenbart. Es heißt hier: „Ein tönender Signal Schlag an irgend einem Punkt dieses geheimnisvollen Erdteils getrommelt, zeitigt oft die unglaublichste Resonanz. Eben der Fanatismus dieser gar nicht oder halbivilisierten Stämme ist der beste Leiter für alle dunklen Schwingungen der Volksleidenschaft. Besonderen Respekt hat der französische Kolonialpolitiker vor den verschiedenen islamischen Sekten. Mit primitiver Wildheit verbinden sie einen religiös-kriegerischen Fanatismus. Durch die ersten Nachfolger Mohameds ist ein großer Teil der damals bekannten Welt erobert worden.“

„Die seit Jahren schwelende Propaganda ist schwer nachspürbar, da die Hauptträger saharische Nomadenstämme oder wandernde Derwische sind. Daß die Abessinier Christen sind, ist unwesentlich, die Hauptsache ist die Hautfarbe. Großen Einfluß über die wilden mohamedanischen Sekten und Bünde haben die Quadria. Begründer ist El Dschilani, der seit 800 Jahren Verehrung genießt. Ihr Sitz ist vorzugsweise der ägyptische Sudan und Mittelafrika, auch Timbuktu. In neuerer Zeit auch in Marokko unter anderem Namen anzutreffen, wo einer ihrer Anführer Merebbi Rebbo war, der an Kämpfen gegen Franzosen und Spanier sich beteiligt hat. Ihr oberster Chef führt den Titel: Emir von Bagdad.“

Der Existenzkampf Abessiniens hat in allen Teilen der Welt, wo Menschen der schwarzen Hautfarbe wohnen, einen wahren Aufruhr hervorgerufen, dessen Außenwirkungen noch gar nicht abzusehen sind. Besonders die Negerbevölkerung Amerikas hat ihre Sympathien für Abessinien in der unzweideutigsten Weise zu erkennen gegeben. Eine starke Einheitsfront von Schwarz gegen Weiß ist in Bildung begriffen. Hunderte von Negern sind in die Dienste des Negus getreten, die als Krieger und technisches Lehr-

personal funktionieren. In Südafrika ist eine Kaffernbewegung zu konstatieren, die die Forderung nach vollkommener gesellschaftlicher und sozialer Gleichstellung erhebt. Daß England die herausziehenden Gefahren nicht unterschätzt, geht aus der letzten Warnung des Generals Smuts hervor, der schon öfters seine warnende Stimme erhoben hat. Seinem Handeln liegt gerade die Befürchtung zugrunde, daß Höchstes auf dem Spiele steht.

In einer neuerlichen Rede Baldwins auf einer Tagung der internationalen Friedensgesellschaft hat Baldwin ein sehr deutliches Wort gesprochen, das mehr als hundert Notizen den inneren Zwang zeigt, unter dem die gesamte englische Außenpolitik steht. „Wir können nicht den Weg einer Flucht in das Kloster beschreiten, selbst wenn wir es wollten.“ In diesem Wort liegt mehr als ein Bekenntnis. England kann sich nicht aus der Welt zurückziehen und sich auf einen Isolierschemel setzen oder nach Eremitenart in eine Klosterzelle zurückziehen. Sein über alle Meere und Kontinente zerstreutes Weltreich ist überall verletzbar, ist überall bedroht. Es ist das Netz der Spinne, die jede Berührung an einem Außenpunkte als einen Angriff auf ihre Kraftlinien fürchtet. Ein Wachstum Italiens empfindet England als eine Beeinträchtigung seiner Weltstellung.

Der Spanier Madariaga hat einmal einen sehr treffenden Ausdruck getan: „Das spanische Weltreich entsprang einer religiösen Passion, das französische einer intellektuellen Zielsetzung, das britische Weltreich aber einem Wachstumsimpuls.“ Dieser stets lebendige Wachstumstrieb beherrscht noch heute die britischen Staatslenker. Stoye hat in seinem Werk das britische Weltreich (Verlag Bruckmann, München) als lebendigen Organismus geschildert, als Gestalt gewordene Lebensform. Trotz aller Gefahren, die es bedroht, wächst es immer noch. Manche glauben, daß England seinen Höhepunkt überschritten hat, daß es sich in seine einzelnen Teile auflösen beginnt. Englands Empire kann seine Form und Gestalt ändern, es kann, um in jenem Bild der Spinne zu bleiben, sein Riesenetz an andere Balken hängen, es bleibt aber das Empire, solange es Engländer geben wird. Es ist ein organisch gewachsenes Gebilde, dessen Lebensinstinkt auch schwere Erschütterungen überdauern wird.

Wie anders Frankreich! Das französische Kolonialreich verdankt seine Entstehung einer Idee. Die Mißerfolge seiner europäischen Konflikte trieben es hinaus in die Weiten der überseeischen Räume. Jeder Rückschlag in Europa führte zu neuen Kräfteanspannungen. Die nationale Eitelkeit suchte eine Kompensation für den verlorenen Geltungsverlust.

Der gegenwärtige Streitfall hat die Wirkung eines Katalysators, eines scharfen Scheidungsmittels, es zeigt die verhüllten Triebkräfte der europäischen Menschheit unverhüllt.

Memelland — Deutsches Land

Von Georg Reineke.

ehem. Syndikus der Landwirtschaftskammer in Memel, Leiter der Propagandastelle bei der Bundesleitung der Heimattreuen Ost- und Westpreußen und des Memellandbundes.

Das Memelgebiet als Unruheherd im Osten Europas ist durch das Versailler Diktat geschaffen worden. Im Artikel 99 dieses Dokuments

„verzichtet Deutschland zugunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte auf alle Rechte und Ansprüche auf die Gebiete zwischen der Ostsee, der Nordostgrenze Ostpreußens und den alten deutsch-russischen Grenzen. Deutschland ver-

pflichtet sich weiterhin, die von den alliierten und assoziierten Hauptmächten hinsichtlich dieser Gebiete, insbesondere über die Staatsangehörigkeit der Einwohner getroffenen Bestimmungen anzuerkennen.“

Es ist das Stück Ostpreußens, welches nördlich des Memelstromes gelegen ist. Die neue Grenze geht mitten durch den Memelstrom, mitten durch das Kurische Haff, mitten durch die Kurische Nehrung, schneidet also willkürlich und sinnlos ein urdeutsches Stück Ostpreußens vom Mutterlande ab.

Durch die am 10. Januar 1920 erfolgte Ratifikation des Versailler Diktats in Paris wurde die Verzichtleistung des Deutschen Reiches rechtswirksam und somit für das Gebiet nördlich des Memelstromes eine veränderte politische Lage geschaffen. Die Abtrennung war trotz des Protestes der damaligen deutschen Friedensdelegation, trotz des stürmischen Widerspruchs der gesamten Bevölkerung des Memelgebiets zur Tatsache geworden.

Die immer wieder nach dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker geforderte Volksabstimmung über die Staatszugehörigkeit auch dieses Teiles von Ostpreußen wurde verweigert.

Jahrelang später wußten die alliierten Mächte immer noch nicht, wie sie endgültig über das Schicksal des Memelgebiets bestimmen sollten. Vom Tage der Kosreibung ab stand das Gebiet unter Besetzung und Verwaltung der vier alliierten Mächte England, Frankreich, Italien und Japan. Die fünfte Macht Amerika hatte das Versailler Diktat nicht unterzeichnet und sich von den übrigen vier Mächten getrennt. Als Besatzungsmacht wurde Frankreich bestimmt, das sein Mandatsrecht zuerst durch einen General, später durch einen zivilen Oberkommissar ausübte. Den Schutz des Landes übernahm eine Kompanie französischer Alpenjäger.

Es muß festgestellt werden, daß in dieser dreijährigen Franzosenzeit der nationalkulturelle Zustand des Memelgebiets unverändert blieb und nicht angetastet wurde.

Das Memelgebiet war aber in dieser Zeit ein bevorzugter Gegenstand der großen internationalen Politik.

Litauen wollte das Gebiet an sich reißen. Polen und Rußland meldeten ihre Ansprüche an. Eine Rückkehr zu Deutschland, auch auf dem Wege über eine Volksabstimmung, war ausgeschlossen.

So erklärte sich die überwältigende Mehrheit der memelländischen Bevölkerung für einen Freistaat nach Danziger Muster unter einem Kommissar, möglichst einem Neutralen.

Ende 1922 schien diese Lösung Wirklichkeit zu werden.

Da trat eine unvermutete Wendung ein. Litauen schickte Freischaren, in Wirklichkeit Soldaten und Offiziere der regulären litauischen Armee in Zivilkleidern in das Memelgebiet. Es kam zu Kämpfen mit den Besatzungstruppen, die zugunsten der Litauer ausfielen. Der französische Oberkommissar verließ mit seinen Truppen das Land, nachdem es kurz zuvor noch folgende Bekanntmachung erlassen hatte:

„Bewohner des Memelgebiets!

Im Namen der Alliierten Mächte erhebe ich noch einmal den feierlichsten Protest gegen den blutigen Handstreich, der gegen das Memelgebiet verübt worden ist.

Ich erkläre ausdrücklich, daß die Alliierten Mächte auch weiter beabsichtigen, ihre Autorität über das Gebiet auszuüben.

Memel, den 16. Januar 1923.

Der Oberkommissar, Vertreter der Alliierten Mächte.

Petisné.“

Trotz dieses Protestes und Versprechens räumte er das Gebiet und überließ die Bevölkerung einem ungewissen Schicksal unter der Herrschaft der Litauer. —

Die Botschafter-Konferenz übertrug dem litauischen Staat die Souveränität über das Memelgebiet, und zwar unter gewissen Bedingungen, deren wichtigste die Autonomie war. Die vier Signatar-Mächte England, Frankreich, Italien und Japan einerseits und Litauen andererseits trafen 1924 das Memel-Abkommen, die sogenannte Memel-Konvention, und setzten das Memel-Statut in Kraft, durch welches dem Memelgebiet die Autonomie, das heißt eine weitgehende Selbstverwaltung auf den Gebieten der Gesetzgebung und Rechtsprechung, des Kirchen- und Schulwesens, der inneren Verwaltung und der Finanzen feierlich garantiert wurde.

Es wirkt heute wie ein Hohn, wenn wir uns den Wortlaut der Präambel des Memel-Statuts vergegenwärtigen, die da lautet:

„In Verwirklichung des weisen Entschlusses, dem Memelgebiet Autonomie zu gewähren und die überlieferten Rechte und die Kultur seiner Bewohner zu sichern , setzt die Republik Litauen das folgende Statut in Kraft.“

Die Geschichte des Memellandes in den fast 13 Jahren litauischer Gewaltherrschaft ist aber ein einziger Bruch der übernommenen Verpflichtungen. Es gibt wohl keinen Artikel des Statuts, der nicht wiederholt und in der größten Weise von den litauischen Machthabern verletzt worden wäre. Hemmungslos tobten sich die litauischen Herren aus gegen alles, was deutsch war. Es begann Ostern 1923 mit dem Sturz der Denkmäler Kaiser Wilhelms I. und der Borussia, es setzte sich in zahllosen Ausweisungen der Deutschen fort und hat im Frühjahr dieses Jahres in dem Kownower Kriegsverfahren seinen schrecklichen Höhepunkt erreicht. Mit diesem Prozeß hat eine der skandalösesten Gerichtskomödien der Weltgeschichte ihren Abschluß gefunden. Es war dies ein politischer Prozeß nach russischem Muster. Ein stärkerer Beweis dafür, daß an den alten deutsch-russischen Grenzpfählen von 1914 Europa aufhört und Asien beginnt, wie sich eine interalliierte Kontrollkommission wörtlich ausdrückte, konnte wahrlich nicht erbracht werden. Man hatte nach dem ganzen Prozeßverlauf von dem Kownower Kriegsgericht auch in seinem Urteilspruch nur eine Rechtsbeugung erwarten können. Aber auf einen derartigen Rechtsbruch und ein solches Hafturteil war man nirgends in der Welt gefaßt. Denn dieses Urteil hat nichts mehr mit Gerechtigkeit oder mit der Sühne einer Schuld zu tun, sondern es ist die Ausgeburt eines abgrundtiefen Hasses gegen das Deutschtum. Die Todesurteile, die über die vier deutschen Volksgenossen ausgesprochen wurden, sind nicht vollstreckt worden. Der litauische Staatspräsident Smetona hat, ohne etwaige Gnadengesuche dieser Verurteilten abzuwarten, von sich aus die Todesstrafe im Gnadenwege in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt.

Wir wollen aber für unsere deutschen Volksgenossen im Memelland keine Gnade, sondern Recht und Gerechtigkeit! Es ist das Empfinden des deutschen Volkes, daß unsere Volksgenossen unschuldig verurteilt sind. Es ist das Empfinden des ganzen deutschen Volkes, daß sie überhaupt nur deshalb verurteilt worden sind, weil sie ehrliche, anständige und aufrechte Deutsche sind, die es im Bewußtsein ihrer Unschuld abgelehnt haben, ihrerseits um Gnade für ihr Leben zu bitten. Mag man unseren verurteilten Volksgenossen die Freiheit genommen haben, den Geist wird man dadurch niemals töten! Der Schandfleck dieses Justizmordes wird für immer an den Vertretern der litauischen Armee und des litauischen Staates haften bleiben. Die Verurteilten aber konnten hochgehobenen Hauptes in die Zuchthäuser gehen in dem Bewußtsein, daß sie keine Strafe verdient haben, daß sie die Opfer dieser

Schergen geworden sind, und daß sie nur um ihres Volkstums, um ihres Deutschtums willen zu leiden und zu dulden haben.

Das deutsche Volk wird nie aufhören, die Welt auf das an den Memelländern begangene himmelschreiende Unrecht und auf das Schandurteil von Kowno hinzuweisen, bis der Tag des Rechts auch für das arme gequälte Memelland anbrechen wird. —

Die Signatar-Mächte, als die Garanten für die Durchführung des Memelstatuts, die die feierliche Verpflichtung übernommen haben, „die überlieferten Rechte und die Kultur der Bewohner des Memelgebiets zu sichern“, mögen endlich erkennen, daß der litauische Staat das in ihn gesetzte Vertrauen seit mehr als zwölf Jahren schmählich mißbraucht hat, daß er dieses Vertrauens ganz und gar unwürdig ist und daß das Unrecht am Memelland mit das schlimmste Unrecht des Versailler Diktats ist. Sie mögen endlich ihre furchtbare Verantwortung und die ungeheuren Gefahren erkennen, die aus dieser großen blutenden Wunde Europas für unsern ganzen Erdteil hervorzubrechen können! Die Worte des damaligen ungesetzlichen Oberbürgermeisters von Memel, des früheren preussischen Beamten Simonaitis, die dieser im Januar 1935 anlässlich der 12jährigen Wiederkehr des litauischen Raubes am Memelgebiet in seiner Festrede über unsere deutschen Volksgenossen im Memelgebiet gebraucht hat, kennzeichnen den Standpunkt und die wahren Absichten des litauischen Gewalthabers, die Worte nämlich:

„Das Unkraut muß ausgerottet werden!“

Wenn überhaupt noch ein Beweis für das asiatische Gebaren des litauischen Staates gegen das Deutschtum im Memelland notwendig war, so hat Litauen diesen durch die Landtagswahlen vom 29. September 1935 in ausreichendem Maße geliefert. War schon die Ausdehnung des litauischen Wahlgesetzes auf das Memelgebiet eine neue Verletzung des Statuts, so hat das Wahlsystem aller Welt mit großer Deutlichkeit gezeigt, daß es einen Vergleich mit europäischen Verhältnissen nicht aushalten kann. Es steht einzigartig in der Weltgeschichte da, daß mehr als zwei Tage notwendig waren, die Stimmen von rund 70 000 Wählern einzusammeln und daß zur Auszählung dieser Stimmen mehr als eine Woche erforderlich war. Auch die zahlreichen ausländischen Berichterstatter haben sich von den litauischen Methoden jetzt ein genügend klares Bild machen können. Es wird ihre Aufgabe sein, immer wieder in ihrer heimischen Presse auf die unhaltbaren Zustände im Memelgebiet hinzuweisen. Trotz Entziehungen des Stimmrechts, trotz tausender Einbürgerungen landfremder Elemente, trotz dauernder Schikanierungen hat die deutsche Bevölkerung des Memellandes in beispielloser Geduld und Einigkeit vor aller Welt wiederum ein unantastbares Bekenntnis zum Deutschtum abgelegt. Diese Tatsache hat ein um so größeres Gewicht, als es den Deutschen nicht möglich war, irgendwelche Wahlpropaganda zu machen. Die gemeinsame Not eines maßlos unterdrückten Volkstums hat einen herrlichen Beweis der Einmütigkeit geliefert. Alle gewaltsamen und hinterlistigen Maßnahmen der Litauer haben es nicht vermocht, die seit mehr als 700 Jahren über den Memelstrom hinweg sich spannenden Bande der blutsmäßigen und volkstumsmäßigen Zusammengehörigkeit zu zerreißen.

Aufgabe der Signatarmächte wird es jetzt sein, nach einem Zeitraum von zwölf Jahren der papiernen Proteste nunmehr dafür Sorge zu tragen, daß litauische Willkür und litauische Verdrehungskunst nicht wiederum das Gesicht des Landes maskieren und fälschen. Durch die Wahl ist eindeutig der Beweis erbracht, daß die Worte des Saarliedes auch für die Memel gelten:

Und deutsch ist unseres Flusses Strand,

Und ewig deutsch das Memelland.“

Gärender Osten — Brodelnder Westen

Von Dr. Paul Mohr.

Japan sieht Chancen für den Ausbau seiner Festlandsstellung. — Die kommunistischen Hauptherde in China. — Die Abspaltung von Nordchina. — Japans Ausbreitungsmethoden und ihre Gefahren. — Japans Vorstoß in die äußere Mongolei.

Die politischen Ereignisse nehmen in aller Welt ein tempo furioso an. Sie überstürzen sich in jähem Wechsel. Der abessinische Krieg zieht immer weitere Kreise. Die sturmbewegten Wellen wandern an alle Ufer der Welt. Es sind Nahwirkungen wie die Proklamation Griechenlands zum Königreich und der Zusammenschluß der Türkei mit Iran, Irak und Afghanistan zu einem Verteidigungsblock, der sich ebenso wohl gegen etwaige Bedrohungen seitens einer Großmacht wie gegen unliebsame Veränderungen im östlichen Mittelmeerbecken richtet. In gleicher Richtung bewegen sich die Bestrebungen zu einem großen Panarabien. Dazu kommen die politischen Attentate und Verschwörungen wie das vereitelte Attentat auf Atatürk, den Präsidenten der Türkei, und der Anschlag am 1. November gegen den chinesischen Außenminister, der wiederum die Hand Moskaus zeigte. Der Anschlag galt eigentlich dem chinesischen Generalissimus Tschiankai-schek. Wie durch ein Wunder ist er ihm entgangen. Wangtschingwei galt als japanischer Söldling. Als Schüler Sunjatsens hat er allzeit für die Unabhängigkeit und Einheit Chinas gekämpft. Während die europäische Aufmerksamkeit immer nachdrücklicher auf die wachsenden Spannungen um das Kriegstheater gelenkt wird, spielen sich im Fernen Osten Dinge ab, die weit stärkere Rückwirkungen auf die Gesamtlage in Europa ausüben müßten. Hier kommen Fernwirkungen zum Ausbruch, die ja nach den zunehmenden Komplikationen im europäischen Machtringen zu neuen Schritten des Mikadoreiches führen. Der schwelende Brandherd im Fernen Osten bedarf nur eines kleinen Windstoßes, um in hellsten Flammen aufzulodern.

Auch Japan sieht Chancen herausziehen, die es mit asiatischer Klugheit und rücksichtslosem Vorwärtsdrang auszunützen bestrebt ist. Die Chancen liegen darin, daß die Aufmerksamkeit Europas und besonders Englands in hohem Grade durch seine Auseinandersetzung mit Italien in Anspruch genommen ist, daß England seine Flotte zum größten Teil aus den pazifischen Gewässern zurückgezogen hat und daß die Sowjets durch die europäische Unruhe in Anspruch genommen sind. Andererseits fürchtet es, daß China mit Hilfe Englands oder Amerikas sich konsolidiert und sich weniger japanfreundlich zu zeigen bereit ist.

Seit sechs vollen Jahren tobt der mit größter Erbitterung geführte antikommunistische Krieg in China. Dieser Krieg könnte sich bis in die eigentlichen Interessensphären Japans nach Schansi verlieren und dort auch weiter in die Nordprovinzen übergreifen. Ein kommunistisches China aber wäre auch Japans Todfeind auf dem Festland.

Wenn man von den kommunistischen Horden spricht oder chinesischen Banditen, so muß man allerdings die Einschränkung machen, daß nicht alle diese Truppen aus Kommunisten bestehen oder ein räuberisches Gesindel sind. Diese Armeen, die nun seit Jahren in den westlichen Provinzen bald hierhin bald dahin sich zurückziehen, bestehen zum größten Teil aus Soldaten und Bauern, die von ihrer Scholle vertrieben, sich dem Soldatenhandwerk ergeben haben, um ihr Leben zu fristen. Das Zentralproblem Chinas, für die große Masse der Bevölkerung ist die Ernährungsfrage. Die ungeheuren Ueberschwemmungen, die oft hunderttausende brotlos gemacht, wie zeitweise auftretende Missernten haben Scharen von Bauern dazu gezwungen, sich den Räuberbanden oder irgendeinem Heerführer anzuschließen. Daher

stirbt das Räuberunwesen auch nicht aus, trotz der jahrelangen Kriegszüge in die kommunistischen Provinzen. Der Hunger treibt diese Leute dazu, zu rauben, um nicht selbst zu verhungern. Dadurch findet der Kommunismus, der sich einen nationalen Ueberwurf anzieht, einen äußerst fruchtbaren Boden. Gerade die nordwestlichen Provinzen Kansu, Ninghsia und Schinghai gehören zu den ärmsten des Landes. Kansu ist ganz auf die Erzeugnisse anderer Provinzen angewiesen. Das einzige Produkt, dessen es sich rühmen kann, schreibt eine chinesische Zeitung in Tientsin, ist Opium. Seitdem die Anpflanzung jedoch verboten ist, wird in Kansu wirklich nichts produziert.

Nach Mitteilungen des in Schanghai erscheinenden „Chinadienstes“ gibt es drei Hauptherde kommunistischer Tätigkeit. Im Grenzbezirk Kiangsi—Fukien—Kwantung, soll es noch immer 50 000 Reguläre und eine halbe Million „Partisanen“ geben.

Von den 81 Kreisen der Provinz Kiangsi sollen 28 Kreise mit einem Netz einer sich noch immer haltenden Sowjetmacht überzogen sein. In 24 Kreisen gibt es Partisanen-nester. 5—6 Kreise stellen ein zusammenhängendes Sowjetgebiet dar. Die Partisanen sollen über 50 000 bis 60 000 Gewehre verfügen.

Das zweite Einflußgebiet kommunistischer Herrschaft ist das Grenzgebiet Hunan-Hupeh-Kweichow. Hier verfügen zwei Generale über 50 000 Mann. Die Zahl der Partisanen erreicht 100 000 Mann.

Bei weitem das wichtigste Zentrum der Kommunisten befindet sich in den Provinzen Scheschuan, Schensi und Kansu. Hier befindet sich die stärkste Truppenmasse, die nicht weniger als 350 000 Reguläre und 180 000 Partisanen zählen soll. Mögen auch diese von kommunistischer Seite gemachten Angaben übertrieben sein, so stellt diese Vereinigung doch eine äußerst gefährdrohende Macht dar, der gegenüber Nanking einen sehr schweren Stand haben wird. Eine Tientsiner Zeitung Ta Kung Pao stellt fest: Die kommunistische Situation in Schensi ist am schlimmsten. Dann wird darauf hingewiesen, daß die Kommunisten aus Scheschuan sich nach Norden durchschlagen, um sich mit den Gruppen in Schensi und Kansu zu vereinigen. Von 23 Kreisen im nördlichen Schensi sind 8 von den Kommunisten im Frühling erobert worden.

Größer als die militärische Gefahr scheinen die moralischen Rückwirkungen zu sein. Man fragt sich, ob nicht angesichts der kritischen Außenlage die Regierung ein außenpolitisches Programm aufstellen würde, das positive Richtlinien für das Volk enthält und die Moral der Soldaten stärkt. Die Zweifel an der militärischen Durchführbarkeit der Bekämpfung des Kommunismus werden auch in anderen Blättern erhoben, so daß Pläne zum Wiederaufbau der bedrohten Bezirke der Hauptstung des Zentralen Exekutivkomitees der Kuomintang vorgelegt werden sollten.

Die immer bedrohlicher werdende innerpolitische und außenpolitische Lage Chinas hat den Einfluß der führenden Partei der Kuomintang untergraben. Dazu kommt die durch die Vereinigten Staaten hervorgerufene Zerrüttung der Währung, die zur Folge gehabt hat, daß in den fünf Nordprovinzen sich die Bauern empört haben und der Neigung des Separatismus im Wachsen ist. Ob hier kommunistische Agitation eine besondere Rolle spielt, läßt sich nicht feststellen. Immerhin ist es bezeichnend, daß in chinesisch Turkestan jetzt eine Sowjetrepublik ausgerufen worden ist.

Von japanischer Seite aus ist dieser separatistischen Bewegung gegenüber keine Unterstützung zuteil geworden. Die Militärbehörden betrachten die autonomistische Bewegung als eine innere Angelegenheit Chinas. Sie werden erst eingreifen, wenn die Aufstandsbewegung die entmilitarisierte Zone Chinas erreicht hat. Gleichwohl ist die japanische Politik, ihre Aktionsphäre mehr und mehr auszudehnen, hierdurch beeinflusst worden.

Die Dinge im Fernen Osten sind in raschen Fluß geraten. Nach der Eroberung der Mandschurei und der Provinz Dschehol haben die japanischen Militärs die japanische

Einflußphäre nicht nur über die große Mauer ausgedehnt, sondern auch durch eine entmilitarisierte Zone die Absplitterung von ganz Nordchina vorbereitet. Fünf chinesische Provinzen, Hopei, Schantung, Tschachar, Suiyuan und die Innere Mongolei sind in japanischer Hand und werden von japanischen Militärs, nachdem die Büros der Kuomintang aufgelöst sind und alle japanfeindlichen Beamten vertrieben, geleitet. Es ist immer die gleiche virtuosenhaft befolgte Methode. Zuerst werden die chinesischen Beamten von ihren Posten entfernt, das Militär muß zurückgezogen werden. Wenn dann sich in dieser autoritätslosen Zone Unruhen zeigen, dann greift Japan ein und reißt die Militärgewalt an sich. Es verspeist so China wie eine Artischode.

Nach der Konferenz in Dairen hatte der Vertreter des japanischen Kriegsministeriums die politischen Ziele Japans dargelegt. Sie betrafen fünf Punkte, in denen Japan in verhüllter Form seine friedlichen Durchdringungsabsichten zu erkennen gab. Als erster Punkt war natürlich die Sicherung dauernden Friedens aufgestellt. Im zweiten war erklärt worden, daß alle China betreffenden Fragen nur mit der Nanking-Regierung verhandelt werden sollen, unter der Bedingung, daß Nanking seine Doppelstellung gegenüber Japan einstelle. An dritter Stelle wird die notwendige wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Länder gefordert, ohne die der wahre Friede nicht hergestellt werden könne. Als Hauptpunkt muß jedoch der vierte gelten, der eine sofortige Verwirklichung der wirtschaftlichen Annäherung zwischen China, Japan und Manchuoku fordert, wozu die japanische Armee sich bereit erklärt, mit den chinesischen Ministerien sowie den interessierten Organisationen ihre Vermittlungsdienste anzubieten.

Der letzte Punkt betraf die rasche und zufriedenstellende Lösung aller noch nicht zwischen der Nanking-Regierung und den japanischen Militärbehörden geregelten Punkte.

Die großen Erfolge, die das japanische Militär erzielt hat, haben die japanischen Militärs veranlaßt, ihre alten Forderungen erneut mit dem größten Nachdruck zu wiederholen und sie in gewisser Hinsicht noch zu erweitern. Bezeichnend hierfür ist der Protestschritt des Generalkonsuls Kawagoe und des Kommandeurs der japanischen Streitkräfte des Generals Tada, der in einem Schriftstück an den chinesischen Vertreter in Peiping gerichtet ist. Der Protest enthält gleichzeitig eine nicht mißverständliche Warnung an China. Wieder wird die Unterdrückung der illegalen Tätigkeit der Kuomintang und der Blauhenden (einer Art faschistischen Organisation) gefordert. Da die Organisationen der Kuomintang ihre gegen Japan und Manchuoku gerichtete Tätigkeit fortsetzen, müsse man an dem guten Willen Chinas Zweifel hegen. Dann fordert das Schriftstück die Erfüllung des japanisch-militärischen Uebereinkommens, einschließlich des Tangkuabkommens vom 31. Mai 1935. Die Forderungen der Militärs wurden durch den japanischen Außenminister Hirota unterstrichen, der gegenüber dem chinesischen Botschafter in Tokio die japanischen Ziele zum Ausdruck brachte. Klare Entscheidung Nankings für eine Zusammenarbeit mit Japan, Anerkennung der Sonderstellung Nordchinas, die durch die Volksbewegung in den Nordprovinzen vorgezeichnet ist, Bekämpfung der kommunistischen Bewegung und Aufrechterhaltung der Ordnung in den neutralen Zonen, ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas.

Da Europa mit eigenen Sorgen zur Genüge beschäftigt ist, ist Japan in seinen Maßnahmen zum Aufstoßen des asiatischen Kohlenkellers, wie es die äußere Mongolei vor wenigen Monaten bezeichnete, einen Schritt weitergegangen. Es hat das Verlangen gestellt nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Manchuoku und der Mongolei und der Errichtung eines Beobachtungspostens auf mongolischem Gebiet und bei etwaiger Ablehnung „mit anderen Maßnahmen“ gedroht. Ein japanischer General, Kanki, habe erklärt, wenn die mongolische Seite nicht nachgebe, werde an der Grenze „etwas Schlimmes geschehen“. Nun haben zwei mongolische Fürsten, Jun und De, die Unabhängigkeit der äußeren Mongolei erklärt, die wie ein Blitz in Moskau einge-

schlagen hat. Durch eine japanisch-mandschurische Verbindung mit der äußeren Mongolei sind, wie ohne weiteres verständlich ist, die rückwärtigen Verbindungen der Sowjettruppen aufs ernsteste bedroht. Ein unabhängiger Mongolenstaat, der mit dem Pufferstaat der Inneren Mongolei in Verbindung tritt, muß die Spannungen, die schon durch die blutigen Grenzkonflikte an der mandschurisch-sowjetischen Grenze einen unerträglichen Grad erreicht haben, noch bis zum Zerreißen verschärfen.

Die Gefahren, die die japanische Politik durch ihr unheimliches Tempo heraufbeschwört, werden noch erheblich gesteigert durch die mit neuer Energie geförderten Ansprüche auf die Inselwelt Südostasiens. Die Blicke Japans lenken sich nicht nur auf eine klare Vormachtstellung in ganz China, sie verfolgen auch eine Politik der Fußfassung in Niederländisch-Indien und Australien. Ernst Otto Hauser, der jüngst den fernen Osten bereist hat, bemerkt in einer kleinen aufschlußreichen Schrift „Der gefährliche Osten“ (May Niehaus Verlag, Zürich) mit vollem Recht, daß das Inselreich sich überall nur Feinde geschaffen hat. Die Stimmung gegen Japan ist im Wachsen. „Die Welt sieht“, schreibt Hauser, „Japan ein Gebäude errichten, dessen Dachzinnen in der politischen Stratosphäre verschwinden.“ Die Tanakabroschüre, deren Verfasser der Minister Tanaka nicht gewesen ist, gibt doch Gedankengängen Raum, die in manchen japanischen Kreisen noch heute gang und gäbe sind. So forderte die japanische Zeitung „Nishi Nishi“ die Aktivierung der japanischen Interessen in den Südseeinseln. Die Zeitung führte aus, daß es für Japan im Interesse seiner Sicherheit unerlässlich sei, nach Süden vorzurücken und die amerikanischen Rüstungsmaßnahmen, die das Ziel hatten, die Hegemonie im Pazifik zu erobern, in gleicher Weise zu beantworten. Für die japanische Industrie sei es unerlässlich, sich eigene Rohstoffquellen zu erschließen. In Niederländisch-Indien finde es alles, was es braucht: Öl, Reis, Baumwolle, Wolle, Kautschuk und Erze aller Art. Die Frage eines ausreichenden Schutzes der japanischen Schifffahrt, besonders der 370 000 Fischerboote im südlichen Pazifik, müsse endlich gelöst werden. Japans Offensive richtet sich nicht nur gegen die holländischen Kolonien, es hat auch den niederländischen Kolonialhandel mehr und mehr von den fernöstlichen Märkten verdrängt. Es richtet sein Augenmerk auch auf die übrigen „ungenutzten Kolonialgebiete“ wie Britisch Borneo und Holländisch-Neuguinea, das heute englisch-holländische Erdölinteressen auf den Plan gerufen hat. Japan verlangt nunmehr als „Naturrecht raumbegrenzter Nationen“ eine gerechtere Verteilung von Rohstoffquellen und Siedlungsraum in solch unerschlossenen Ländern. Im britischen Empire verlangt es gleiche Behandlung. Sollten die Dominien nicht darauf eingehen, dann würde Japan den Weg der Bildung eines geschlossenen ostasiatischen Wirtschaftsblocks weiter beschreiten, um dadurch Japans Wirtschaftsversorgung und seinen Warenabsatz sicherzustellen.

So birgt der pazifische Raum Gefahren von riesigem Ausmaß. Ist diese Milliarde von Menschen erst einmal in Bewegung gekommen, dann wird sie nicht nur Asien in ihren Bannkreis ziehen.

Blick nach außen

Koloniales Deal.

Hans Reepen.

Italien und Japan.

Wir sind uns dessen bewußt, daß das Schlagwort amerikanischer Politik und Diplomatie „New Deal“ nicht unter allen Umständen geeignet ist, die deutsche Sprache zu

bereichern. Wir wissen aber auch, daß der Amerikaner, der dieses Wort nach seiner praktischen Veranlagung geprägt hat, ihm einen Sinn gegeben hat, der sich nicht ohne weiteres durch die Uebersetzung wiedergeben läßt. Möge es daher an der Spitze dieser Zahlen stehen bleiben als der Ausdruck für ein neues politisches Beginnen im Spiel der

Kräfte, die hier auf eine koloniale Neuverteilung gerichtet sind. —

In leider nur allzu kurzen Drahtberichten wußte die Tagespresse über die Ausführungen des alten Vertrauten Woodrow Wilsons, des Oberst House, in „The Liberty“ zu berichten, die sich in prägnanter Kürze mit dem immer noch offenstehenden Kolonialproblem befassen. Oberst House gehört zu den Menschen, die ehrlich und aufrichtig dem Frieden unter den Völkern dienen. Er erhebt die Stimme gegen die Gewalt imperialistischer Politik, gegenüber einer Zeit, die, geladen mit Zündstoffen aller Art, hintreibt ins Wirnis. Und erkennt zu gleicher Zeit an, daß die Erde Raum hat für alle, daß das Grundproblem nur darin liegt, die Schätze dieser Erde gerecht zu verteilen unter alle Völker.

Am Anfang der Warnung, die Oberst House mit allem Nachdruck in seinen Aufsatz gelegt hat, steht das Wort Mussolinis, das er vor einigen Jahren an den bekannten amerikanischen Journalisten Sylvester Biered gerichtet hat: Italien muß sich ausdehnen oder explodieren. —

Die römischen Regionen sind nach Afrika marschiert, ein neues Römisches Weltreich unter dem Duce zu errichten. Ist der Erfolg mit Italien, so wird Italien sich ausbreiten, ohne zu explodieren, aber das Problem, den Weltfrieden zu erhalten, bleibt ungelöst:

„Wenn eine friedliche Vereinigung der italienisch-abessinischen Frage nicht gefunden werden kann, vermag kein Mensch voranzusehen, wohin dieser Streitfall führen wird. Er mag auslaufen in ein schlimmeres Unglück als der Weltkrieg es gewesen.“

House erkennt das Recht Italiens, auf territorialem Gebiet neue Möglichkeiten für seine Bevölkerung zu suchen, an, aber er bestreitet ihm das Recht, sich Mittel zu bedienen, die auf gleicher Linie stehen wie die, die Japan nach China geführt haben. Auch Japan hat sein gutes Recht, sich den Raum zu sichern, der notwendig ist für das Wirken der japanischen Volksträfte. Aber auch hier: „Ausdehnung zu unrechter Zeit mit falschen Mitteln.“

Zwei Gruppen sind es, die sich in Japan gegenüberstehen: das junge Japan, geführt von den Soldaten, und die andere Gruppe, deren Führung in den Händen „gereifter Staatsmänner“ vom Schlage des Grafen Matino steht. Sicherheit und darum Aufrüstung, das ist das Schlagwort japanischer Machtpolitik, wie in Europa. Um der Erhaltung des Friedens willen wünscht Oberst House, daß die Richtung Matinos die Führung behalte. —

Italien und Japan finden, soweit die räumliche Ausdehnung in Frage steht, bei

aber geht er den anderen Weg. Japan zugewandt, sagt er, was es wünsche, würde ihm leicht und auf natürliche Weise zuteil, sobald die Zeit gekommen ist.

... und Deutschland?

Oberst House sagt: Was Mussolini von Italien gesagt hat (in der Unterredung mit Sylvester Biered), das gilt ebenso für Deutschland. „Jeder Staatsmann wird in privater Unterredung zugeben, daß Deutschland Gebiete braucht für seine Menschen, Gebiete, aus denen es jene lebenswichtigen Produkte und Rohstoffe beziehen kann, die die Natur ihm verweigert. Aber die großen House volles Verständnis. Darüber hinaus besitzenden Nationen: Groß-Britannien, Frankreich, die USA und Rußland sind nicht willens, ihren weniger glücklichen Brüdern mehr zu geben als die Krumen, die von ihren kolonialistischen fallen.“

Verantwortlich ist für diese Entwicklung der Versailler Vertrag, „erfüllt von Haß, Argwohn und wirtschaftlichem Unglück: Deutschland verlor seine Kolonien, das Versprechen an Italien wurde nicht gehalten, und Japan hielt man sich in Schach.“

Das Ergebnis daraus nach den Worten des Oberst House: In Deutschland der „Ueberausgleich“ seines Minderwertigkeitsgefühls; Italien versetzte Europa in Unruhe; und Japan auf der Suche, die besten und wirksamsten Möglichkeiten ausfindig zu machen, um seine wachsende Bevölkerung unterzubringen, seinen Handel auszudehnen.

Oberst House fordert als Lösung der Fragen, die nur allzu leicht in einem neuen Krieg ihre Beantwortung finden, grundsätzlich die Rückgabe der deutschen Kolonien. Allerdings, „es seien möglicherweise Gebiete da, die man aus lebenswichtigen, strategischen oder anderen Gründen nicht an Deutschland zurückgeben könne, aber alle „legitimen“ deutschen Wünsche ließen sich auf verschiedenen Wegen erfüllen.“

„Ein befriedigtes Deutschland und ein befriedigtes Italien sind bessere Garantien für den Weltfrieden als alle Patte oder Verträge, einerlei, ob geheim oder offen.“

Kolonien und Frieden.

Die englische Friedensgesellschaft (National Peace Council) hielt in London eine Tagung ab, auf der das Thema „Kolonien und Frieden“ zur Erörterung kam. An der Tagung nahmen hervorragende Persönlichkeiten des englischen öffentlichen Lebens, wie auch Vertreter aus Afrika, Indien und anderen tropischen Ländern teil. Den Vorsitz führte der bekannte britische Historiker Dr. E. P. Booth, später E. Rodney Burton.

Von besonderer Bedeutung waren die Ausführungen Sir Arthur Salter's, der die Frage einer kolonialen Befriedigung Deutsch-

lands, Japans und Italiens aufwarf. Sir Arthur Salter meinte, daß eine Erwerbung des Kolonialbesitzes an sich die Wirtschaftslage des Mutterlandes nicht ändere. Der Besitz von Kolonien als Mittel, dem Bevölkerungsproblem zu begegnen, sei praktisch ohne Bedeutung. Die Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Kolonialpolitik liege vielmehr darin, daß die nichtbesitzenden Völker zugleich abgelehnt seien von dem Bezug lebenswichtiger Rohstoffe, die sie nur gegen Eingabe von Devisen auf dem Weltmarkt kaufen könnten. Es bestehe für die nichtbesitzenden Völker gleichzeitig eine Gefahr darin, daß die Kolonialmächte hinsichtlich der Rohstoff-Erzeugung über Monopole verfügten. Das gelte besonders für die Erzeugung von Zinn und Kautschuk. Das Bestreben der Völker ohne Kolonialbesitz, ihre Absatzgebiete zu erweitern und zu sichern, sei im übrigen verständlich.

Uebergehend zur englischen Kolonialpolitik erklärte der Redner: England habe in seinen Kolonien immer die „Politik der offenen Tür“ verfolgt und seine Kolonien verwaltet in der Art einer Treuhänderschaft zugunsten der Eingeborenen-Völker. Die englische Kolonialpolitik sei daher den Prinzipien verwandt, die heute maßgebend sind für die Verwaltung der unter Völkerbundsmandat stehenden Länder. Man müsse sich mit dem Gedanken vertraut machen, ob es nicht besser sei, das durch den Versailler Vertrag geschaffene Mandatsprinzip zu erweitern durch die Ueberweisung britischer Kronkolonien unter die Verwaltung und die Kontrolle des Völkerbundes. Aufgabe einer großen internationalen Konvention müsse es alsdann sein, die Garantie zu gewähren dafür, daß alle Rohstoffe zu jeder Zeit zu gleichen Bedingungen an alle Rohstoffe verbrauchenden Länder geliefert würden. Selbst das System der öffentlichen Ausschreibung müsse einbezogen werden in die Verwaltungsgrundsätze eines Mandatsystems, das über das durch den Versailler Vertrag geschaffene hinausgeht.

Lord Lothian meinte, die gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Versorgung der Völker mit Rohstoffen könnten nur beseitigt werden durch das Prinzip des freien Handels, die Entfernung aller Handelshemmnisse und dadurch, daß man allen Völkern die Möglichkeit gibt, ihre Güter am freien Warenaustausch mit anderen Völkern auszutauschen. Von einem Kollektivsystem hinsichtlich der gemeinsamen Verwaltung von Kolonien zu sprechen, hätte wenig Wert, solange nicht ein kollektiver Wirtschaftsmarkt geschaffen sei. England müsse zur Erhaltung des Friedens in der Kolonialfrage zu Opfern bereit sein, wenn es überhaupt gelingen solle, andere Völker zur Teilnahme an der von Sir Salter vor-

geschlagenen internationalen Konvention zu bewegen.

Professor Norman Bentwich verteidigte die Gedankengänge von Sir Arthur Salter, das Mandatsystem auf die englischen Kronkolonien auszudehnen, und stellte die Forderung auf, England solle seine Kolonien dazu veranlassen, freiwillig die Ausdehnung des Mandatsystems auf sie durchzuführen.

Zu der vorstehenden Meldung schreibt die Deutsche Kolonialgesellschaft:

Die Bestrebungen, das Mandatsystem auszudehnen auf die britischen Kronkolonien, liegen zweifellos in der Richtung der Ausführungen des britischen Ministers Sir Samuel Hoare, der in Genf nicht die Neuverteilung von Kolonialbesitz, sondern lediglich die Neuverteilung der kolonialen Rohstoffe gefordert hat. Es ist nach den Ausführungen Sir Samuel Hoares durchaus unklar, wie eine Lösung des Kolonialproblems unter den neuen Gesichtspunkten englischer Politik möglich ist. Die mit eigenem Kolonialbesitz nur unzureichend ausgestatteten Völker haben immer wieder betont, daß eigene Kolonien für sie die Sicherung ihrer lebensnotwendigen Rohstoffquellen bedeuten. Eine Ausdehnung des Mandatsgedankens auf die britischen Kolonien vermag an der Frage, wie eine bessere Verteilung der kolonialen Rohstoffe möglich ist, nichts zu ändern, da gerade die hochentwickelten Industrieländer ohne eigenen Kolonialbesitz nur solange in den Besitz von Rohstoffen gelangen, als ihre Devisenlage es zuläßt. Die Vorschläge, das Mandatsystem zu erweitern, sind im übrigen in England auf heftigen Widerstand gestoßen.

Die koloniale Rohstoffversorgung.

Der von dem britischen Außenminister Sir Samuel Hoare gemachte Vorschlag, eine Konferenz einzuberufen, auf der die Frage der Rohstoffversorgung und die Kolonialfrage erörtert werden sollten, wird von der englischen Kolonialzeitschrift „West Africa“ lebhaft begrüßt. „West Africa“ sagt, daß für die englische Regierung damit aber auch der Augenblick gekommen sei, wo sie Stellung nehmen muß zur Frage der Mandatsgebiete. Vier verschiedene Gesichtspunkte seien theoretisch möglich.

Erstens: Frankreich und England müßten offen bekennen, daß die Kolonien als Kriegsbetriebe heute annektierte Gebiete seien und daß sie als solche behandelt und verteidigt werden müßten. In diesem Fall müsse man aber die Hoffnung aufgeben, mit Deutschland in Zukunft zu einer Einigung zu gelangen. England müsse dann mit Entschiedenheit mit den Vereinigten Staaten zusammengehen. England würde dann von der übrigen Welt

nicht mehr als doppelzüngiger Heuchler angesehen werden können.

Die zweite Möglichkeit sei die, den Mandatsgebieten ihre staatliche Unabhängigkeit zuzugestehen. In diesem Falle aber würden europäische und andere Großmächte sogleich zu Annexionen schreiten und dabei einen neuen Krieg herbeizuführen.

Der dritte Weg sei der, Deutschland wieder in die Reihe der Kolonialmächte einzugliedern. Diese dritte Möglichkeit würde aber in der öffentlichen Meinung Englands und Frankreichs nicht gangbar sein zu einer Zeit, da die Nachhaber in Deutschland einen Rassenstandpunkt vertreten, der seit Jahrhunderten überwunden sein sollte. (Es sollte doch wohl auch der Schriftleitung der West-Africa bekannt sein, daß der deutsche Rassenstandpunkt sich auf die Reinerhaltung des deutschen Blutes bezieht. Anm. d. Schriftl.)

Der vierte Weg endlich sei der, die Mandatsgebiete in die Hände der Mächte zurückzugeben, die sie ihnen übertragen, nämlich in die der im Völkerbund vertretenen Staaten mit der Aufforderung, eine Neuverteilung vorzunehmen entsprechend den Wünschen der Eingeborenenbevölkerung und den Umständen der heutigen Zeit.

Frankreich in Sorge um die Mandatsgebiete.

Die französische Kolonialzeitung „La Nouvelle Dépêche“ schreibt, daß die koloniale Bewegung in Deutschland mehr und mehr in den Vordergrund trete und damit die Rückforderung der Kolonien. Deutschland stütze sich auf die italienischen Ansprüche nach erweitertem Lebensraum und neuen Rohstoffquellen. Leider würde die öffentliche Meinung in Frankreich und die französische Presse durch Hypothesen über den italienisch-abyssinischen Konflikt so abgelenkt, daß sie den deutschen Kolonialforderungen nicht genügend Aufmerksamkeit schenkte. Der letzte Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Dr. Schnee, und der hervorragende Kämpfer und Führer im ostafrikanischen Feldzug, General von Lettow-Vorbeck, betrieben eine starke Propaganda für die Rückgewinnung von Deutsch-Ostafrika. Erfahrungsgemäß sei

England aber wenig geneigt, eine einmal erworbene oder eroberte Kolonie wieder herauszugeben. So könne leicht der Fall eintreten, daß Deutschland versuche, seine westafrikanischen Kolonien Togo und Kamerun von Frankreich zurückzuerhalten. Frankreich müsse daher auf der Hut sein und sich stets vergegenwärtigen, daß die ihm als Mandatar übergebenen deutschen Kolonien einen unveräußerlichen Bestandteil des französischen Imperiums bildeten. Dieser übergebene Kolonialbesitz stelle ohnehin nur eine magere Beute des Sieges von 1918 dar.

Nicht Kolonien — sondern Mandat.

Wie „Nouvelle Dépêche“ wissen will, wird das Kolonialproblem in der nächsten Zeit in Genf als einer der wichtigsten Verhandlungspunkte zur Erörterung kommen. Man sei in Deutschland sehr gespannt auf den Ausgang des italienisch-abyssinischen Konfliktes, halte sich freilich sehr zurück, beobachte aber scharf die Entwicklung der Kolonialfrage. Aus der deutschen Presse spreche eine starke kolonialpolitische Aktivität. Die Äußerungen Sir Samuel Hoares hätte man wohl verstanden und lebhaft kommentiert.

Deutschland lasse schon jetzt durchblicken — wenn auch mit der gebotenen Zurückhaltung —, daß es wieder in den Völkerbund eintreten würde, wenn es in dieser oder jener Form afrikanisches Gebiet zurückerhalte. England habe sich in dieser Hinsicht zwar noch nicht festgelegt, aber die französischen Kolonialkreise seien im Irrtum, wenn sie meinten, daß England ein Veto gegen die deutschen Forderungen einlegen würde. In England erblicke man darin vielmehr ein Gegengewicht gegen die anderen Kolonialmächte, und diese Haltung Englands entspräche auch seiner ganzen bisherigen Politik. Die bisherige Form der Erwerbung von Kolonialbesitz, die die Souveränität über die erworbenen Gebiete einschließt, sei aber überholt. Die Kolonisation der Zukunft müsse — wenigstens soweit Neuerwerbungen in Frage kommen — auf Artikel 22 der Völkerbundsakte aufgebaut werden. Es könne sich also nur um die Uebertragung unter dem Mandatsstatut handeln.

Aus fremden Räumen

Südafrika.

Südafrika und Abyssinien.

Vor der Völkerbundsversammlung gab der Vertreter der Südafrikanischen Union, Herr Chales de Water, eine bedeutende Erklärung ab. Er wies auf die besondere Lage Südafrikas auf dem afrikanischen Kontinent

hin auf den sich das Weltinteresse in dramatischer Weise richte. Die Ursache des tiefen Interesses und der Besorgtheit, die die gesamte südafrikanische Bevölkerung wegen der rasch sich verschlimmernden Lage in Aethiopien erfülle, sei sehr groß. Südafrika frage sich voller Verwunderung, ob die Völker und die Regierungen Europas

sich der kommenden akuten Krise überhaupt bewußt seien. Die Welt stehe am Anfang einer noch vorläufig unklaren Bewegung, die dazu führen könne, daß die halbunterdrückten kriegerischen Instinkte der wilden Völkerstämme Afrikas wieder erwachen. Vor allem, wenn die schwarzen Massen zum Krieg erzogen würden. Hier schlummere nach südafrikanischer Auffassung für Europa, Afrika und für die Union die Gefahr. Man stehe heute vor der Möglichkeit, daß einer der letzten unabhängigen Staaten Afrikas zerstört werde. Wenn jenes Verbrechen erlaubt wäre, d. h., wenn Afrika von Europa für dessen Zwecke mißbraucht werden dürfte, dann werde sich das bewaffnete Afrika langsam aber sicher erheben. Die europäische Zivilisation könne mit einem Schläge zerstört werden und der große Kontinent in die schwarze Barbarei zurücksinken.

Südafrika zur deutschen Kolonialfrage.

Aus Kapstadt wird gemeldet, daß Dr. Malan der bekannte Führer der Oppositionspartei in der Südafrikanischen Union auf einer Parteikonferenz in French Hoek erklärt habe, Südafrika würde sich um den Weltfrieden verdient machen, wenn es die kolonialen Forderungen Deutschlands unterstütze. Er hoffe jedoch, daß Deutschland keine Ansprüche auf sein altes Südwestafrika erhebe, denn dieses Land gehöre aus geographischen und politischen Gründen zur südafrikanischen Union.

Südafrika gegen Boykottierung deutscher Waren

Die südafrikanische Zeitung „Volksstem“ meldet, daß in der Südafrikanischen Union bei einer Versammlung folgender Beschluß gefaßt wurde: Die Versammlung solle jede Agitation mißbilligen, die gegen den Kauf deutscher Waren in Südafrika getrieben würde. Sie müsse an alle Afrikaner einen dringenden und ernststen Appell richten, daß soweit als irgend möglich der Handel mit Deutschland im Interesse der Gesamtbevölkerung Südafrikas gefördert werde.

Rückzug der „East Africa“.

Die deutsch-unfreundlich gesinnte Zeitung „East Africa“ schreibt: Die Regierung Groß-Britanniens hätte viele günstige Gelegenheiten die drei ostafrikanischen Kolonien Kenja, Uganda und Tanganjika (Deutsch-Ostafrika) politisch zu vereinigen, nutzlos vorübergehen lassen. Allen Anschein nach betrachte die englische Regierung sogar dieses Vorgehen als tabu, Groß-Britannien sollte dann wenigstens dafür sorgen, daß diese drei Kolonien wirtschaftlich verschweicht werden. Eine Maßnahme, die niemandem zum Nachteil gereichen könnte.

In Verbindung damit gewinnen die Ausführungen von Lord Cranborne vor den Mitgliedern der Mandatskommission an Bedeutung. Wonach die britische Regierung bereits 1933 eine politische Vereinigung der drei Kolonien abgelehnt und sich an dieser Politik nichts geändert habe.

Ausbildung von Zivilfliegern in der Südafrikanischen Union.

Die Regierung der Südafrikanischen Union hat beschlossen, die Ausbildung von Zivilflugzeugführern durch Geldbeihilfen zu fördern. Die Piloten sollen nach jedem Ausbildungsgrad £ 25 als Unterstützung erhalten und £ 100, wenn sie ihr Examen als Flugzeugführer beendet haben. Das für die Lehrzwecke erforderliche Benzin wird vom Staat mit 50 % Preisermäßigung abgegeben. Die mit Unterstützung des Staates im Flugdienst ausgebildeten Frauen dürfen nach besonderer Verordnung im Kriegsfall nur in der Etappe Verwendung finden.

Aufrüstung der Südafrikanischen Union.

General A. J. E. Brint, Sekretär des Verteidigungswezens und der Zivilluftfahrt der Südafrikanischen Union, bestätigte bei einem Interview in Durban, daß in der Nähe von Pretoria eine Munitionsfabrik errichtet werden solle, die zunächst 10 000 000 Patronen auch für Maschinengewehre herstellen könne. Es wäre beabsichtigt, diese Fabrik später so auszubauen, daß sie auch Handwaffen jeder Art herzustellen in der Lage sei. Die notwendig werdenden Maschineneinrichtungen würden in Groß-Britannien bestellt werden, die Materialien dagegen sollten von der Südafrikanischen Industrie geliefert werden.

Hafenausbau von Kapstadt.

Aus Kapstadt wird gemeldet, daß neue Pläne zum Ausbau der dortigen Hafenanlagen entworfen sind. Danach sollen neue Kaianlagen in einer Gesamtmenge von 1500 Meter Länge errichtet werden, an denen 5 bis 6 Ueberser von je 20 000 Tonnen anlegen können. Es werden ferner neue Trockendocks und moderne Deltanks sowie verbesserte Zufuhrwege geplant. Die Gesamtkosten werden auf 5 Millionen £ veranschlagt.

Die Südafrikanische Union gegen eine Militarisierung von Eingeborenen.

Sir Abbey Balley, ein Spezialist auf dem Gebiet der afrikanischen Politik, wendet sich gegen die Art Mussolinis, die Zivilisation auf dem afrikanischen Kontinent vorwärts zu treiben. Unter der britischen Flagge, so führt er aus, werden nur ein paar Hundert

Eingeborene zu Polizisten ausgebildet, mit der ausgesprochenen Absicht, diese niemals für Kriegsdienste zu verwenden. Frankreich habe niemals der Versuchung widerstehen können, die Eingeborenen in ihrem Kolonialreich militärisch zusammenzustellen. Sie hätten diese aber nur in Europa, und zwar in dringenden Fällen als Soldaten verwendet. Belgien wäre dem Beispiel glücklicherweise nicht gefolgt. Italien hätte aber unverantwortlicherweise eine große Zahl von Eingeborenen aus Eritrea und Somaliland zum Kriege eingestellt. Es wäre zu befürchten, daß Mussolini, falls es ihm gelingen sollte, Abessinien zu unterjochen, die gesamte Bevölkerung des Landes nach französischem Muster militarisieren würde. Diese Politik müßte dann zwangsweise von allen anderen Gouvernements aufgenommen werden. Es bestünde weiterhin die Gefahr, daß Deutschland, das über kurz oder lang seine Kolonien zurückfordern würde, vollende, was Mussolini begonnen habe.

Der Angriff durch den italienischen Faschismus, der einzig und allein durch einen mißverstandenen Nationalstolz hervorgerufen sei, bedrohe den gesamten Frieden der Welt. Der Völkerbund müsse sich deshalb voll und ganz gegen eine Militarisierung der Farbigen einsetzen. Von weißer Hand sei eine Waffe geschaffen worden, deren verheerende Auswirkungen für ihren Schöpfer unabsehbar wären.

Anmerkung: Die große Kolonialschuld der Alliierten und Affizierten Mächte von 1914 beginnt immer weitere Kreise zu ziehen.

Portugiesische Kolonien.

Ankauf von Proviant in Portugiesisch-Ostafrika.

Die italienische Regierung hat in portugiesisch-Ostafrika mehrere 1000 Stück Vieh für ihre in Abessinien kämpfenden Truppen angefordert. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß Qualitätslieferungen nicht nötig seien. Die Viehzüchter in Portugiesisch-Ostafrika begrüßen die Gelegenheit, die minderwertigen Rinder ihres Viehbestandes günstig abstoßen zu können. In Delagoabay sind 1000 Kisten mit in der Kolonie hergestelltem Bier nach Eritrea verschifft worden.

Delquellen in portugiesisch-Ostafrika.

Nach Berichten ostafrikanischer Zeitungen soll die Inhaminga Petrol in portugiesisch-Ostafrika nach einer 15jährigen angestrengten Tätigkeit Spuren von Delvorkommen festgestellt haben. Allem Anschein nach, so heißt es, handle es sich um große unterirdische Dellager. Man sehe den weiteren Arbeiten mit dem allergrößten Interesse entgegen, da das Vorhandensein ausgedehnter Dellfelder

der Industrie Afrikas ein völlig neues Gesicht geben würde.

Anmerkung: Es sei darauf hingewiesen, daß bereits Deutschland in Kamerun Delvorkommen festgestellt hatte und die französische Mandatsregierung zurzeit damit beschäftigt sei, diese auf ihre Ergiebigkeit zu untersuchen.

Ostasien.

Neue Radiostation im Großen Ozean.

Wie die „Pacific Islands Monthly“ berichtet, ist inmitten des Großen Ozeans auf den Gilbert-Inseln bei Butaritari eine Radiostation errichtet worden. Sie soll die Verbindung mit den anderen Inselgruppen im Pacific sowie Rabaul im Bismarckarchipel (Deutsch-Neu-Guinea) und Australien herstellen. Man hofft, daß die neue Station den Schiffen auf hoher See sowie den Handelsniederlassungen auf den Inseln durch eine direkte Nachrichtenübermittlung mancherlei Erleichterungen bringen werde.

Japan und die Neuverteilung von Kolonien.

In Verbindung mit den Bestrebungen Englands, mit Japan zu einem neuen Flottenabkommen zu gelangen, meldet die „Times“: Die japanischen Zeitungskorrespondenten in London verfolgten den Gedanken, ein neues Flottenabkommen in Verbindung zu bringen mit dem Problem der Neuverteilung von Kolonien. Die Rede Sir Samuel Hoares in Genf wird als mögliche Grundlage für eine koloniale Neuverteilung angesehen. Japan, so heißt es, mißt den Ausführungen Hoares große Bedeutung bei, soweit er von einer gleichmäßigen Verteilung der kolonialen Rohstoffe auch an die nichtbesitzenden Völker gesprochen hat. Der japanische Außenminister Hirota vertrete den Standpunkt, man müsse alle Ursachen aus der Welt schaffen, die zum Kriege führen könnten. Dazu gehöre vor allem, daß gewisse Völker, deren vitale Bedürfnisse bislang nicht befriedigt sind, Kolonien erhalten, die für sie geeignet sind und — damit zugleich die Kontrolle über die lebensnotwendigen Rohstoffe.

Gemeinsame Politik Japans und Englands im Großen Ozean?

„La Nouvelle Dépêche“ meldet aus Singapur, daß England und Japan künftig im Großen Ozean gemeinsam vorgehen würden. Der japanische Gesandte Debuschi habe erklärt, daß beide Mächte auf einer freundschaftlichen Grundlage im Pacific zusammenarbeiten werden, auch in bezug auf die dort anzuwendende Politik. Japan hätte, so fügte der Gesandte noch hinzu, für China stets die Politik der offenen Tür verfolgt,

wenigstens was das China südlich der großen Mauer betraf.

Anmerkung: Die Wendung steht zweifellos im Zusammenhang mit den neuerlichen Maßnahmen Englands gegen Italien.

Damit dürfte eine weitere Mitteilung der „Nouvelle Dépêche“ an Bedeutung gewinnen, wonach in London eine Organisation zur Vereinerung der nationalen Afrikaner des britischen Imperiums in der Bildung begriffen sei. Sie verfolge, so heißt es, den Zweck, die Interessenten britischer Staatsangehöriger von afrikanischer Herkunft zu schützen.

Chinesische Kulis für Italienisch-Ostafrika.

Nach Mitteilungen der „Nouvelle Dépêche“ wirbt der italienische Generalkonsul in Shanghai 200 chinesische Kulis an, die nach den Truppenschauplätzen in Ostafrika transportiert werden sollen. Entsprechende Werbeprospekte sind durch den italienischen Konsul in den Armenvierteln der Stadt verteilt worden. Es wird durch die Flugblätter ausdrücklich erklärt, daß die Chinesen nur in der Steppe Verwendung finden würden.

Südsee.

Lob der Südpflanze.

Die in der Südsee bekannte Zeitschrift „Pacific Islands Monthly“ hatte schon wiederholt darauf hingewiesen, daß sich die australische Mandatsregierung nicht genügend um die tropische Landwirtschaft in Deutsch-Neu-Guinea bekümmere. Unter „Eingehandelt“ schreibt jetzt ein alter englischer Pflanzler dazu, daß es zwecklos wäre, die neuentreffenden Siedler in allen möglichen Teilen der Welt die tropische Landwirtschaft praktisch er-

lernen zu lassen. Es gäbe im Lande selbst und auf Samoa noch genügend deutsche Fachleute, die die Neulinge in allen Zweigen der Landwirtschaft vorzüglich belehren könnten.

Es wird ferner berichtet, daß die Mandatsverwaltung durch die ungeheuren Goldfunde bereits einen Ueberschuß von 90 000 £ erzielt habe. Allgemein wird der Wunsch geäußert, diese Summe für die Anlagen neuer Kulturen zu verwenden.

Protest der Eingeborenen gegen die australische Mandatsverwaltung.

Aus Rabaul, dem Hauptitz der Verwaltung des Bismarckarchipels, wird gemeldet, daß die australische Mandatsregierung auf Matupi einen großen Flughafen anlegen will. Aus diesem Grunde mußten Ländereien der Eingeborenen das Land enteignet werden. Diese Maßnahmen haben zu einem heftigen Widerspruch der Eingeborenen geführt, die gebieterisch den früheren Gouverneur zurückverlangen. Dieser hätte sie als Menschen und nicht als wilde Hunde behandelt. Man habe ihnen bereits genug Land fortgenommen, so erklärten sie, und diesmal würden sie nicht nachgeben, auch wenn der letzte von ihnen darüber zugrunde gehen sollte.

Anmerkung: Die Bewohner der kleinen Halbinsel Matupi beziffern sich z. Bt. auf 1000 Köpfe. Sie nehmen eine gewisse Sonderstellung ein, weil ihr Bildungsgrad erheblich höher liegt, als der der anderen Papua-Stämme. Matupi ist für uns Deutsche besonders interessant, da dort in der Südsee zuerst die deutsche Flagge offiziell gehißt wurde.

Aus unsern Kolonien

Kamerun. Logo.

Der Handel von Logo und Kamerun (3. Bt. britisches Mandat).

Der soeben erschienene Kolonialbericht über den zurzeit unter englischer Mandats-herrschaft stehenden Teil Deutsch-Logos und Kameruns gibt einige sehr interessante Einzelheiten wieder: Danach hat der Handel in Kamerun einen sehr erfreulichen Aufschwung genommen. Der Import ist zwar gegen das Vorjahr wertmäßig um £ 1000 gefallen, und zwar auf £ 11 648, doch ist der Export um £ 26 000, und zwar auf £ 194 000 gestiegen. Dies ist vornehmlich der guten Kakaoernte und dem Anziehen der Kautschukpreise zu verdanken, sowie der afrikanischen Fruit Company, die allein über 1½ Millionen Bund Bananen im laufenden Jahre ausführen konnte.

Der Außenhandel Logos ist leider nur so weit feststellbar, wie die Waren über die französische Grenze ein- und ausgeführt wurden. Von diesen zeigte der Import wertmäßig £ 14 480 gegen £ 18 463 im Vorjahre. Der Export belief sich auf £ 78 143 gegen £ 96 114 im Jahre 1934.

Deutsch-Ostafrika.

Der englische Staatssekretär für Kolonien lehnt Closer Union ab.

Die englischen Bestrebungen, das unter Mandat stehende Deutsch-Ostafrika im Wege einer Closer Union mit den anstoßenden britischen Kolonien verwaltungsmäßig zu vereinen, wurde im Jahre 1933 vom Völkerverbund einstimmig mit Einschluß der Stimme des englischen Vertreters abgelehnt. Trotz

dieser Ablehnung wurden innerhalb des britischen Reiches immer wieder Stimmen laut, die die Eingliederung Deutsch-Ostafrikas in das britische Kolonialreich forderten.

Der englische Staatssekretär für Kolonien, Mr. Malcolm Mac Donald, hat, einer Meldung aus London zufolge, die Forderung ostafrikanischer Kreise, eine Closer Union der von England verwalteten Gebiete Ostafrikas herbeizuführen, auf das nachdrücklichste durch eine an die Gouverneure von Kenya, Tanganyika und Uganda gerichtete telegraphische Entscheidung zurückgewiesen. Die Forderung nach der Closer Union wurde in jüngster Zeit erhoben von der sogenannten Arusha-Konferenz (März 1935) und durch ein Memorandum der Vereinigten Handelskammern von Ostafrika, die am 21. bis 23. November v. J. in Mombasa die Eingliederung Deutsch-Ostafrikas verlangt haben. Ein drittes Memorandum der Vereinigten Indischen Handels- und Industriekammern von Ostafrika, die sich gleichfalls mit der Frage der Closer Union befaßt haben, verlangte von der britischen Regierung die Aufrechterhaltung des Status quo und die Ablehnung aller Forderungen, die auf eine Closer Union hinauslaufen könnten. Mr. Malcolm Mac Donald begründet die Ablehnung der Closer Union sehr eingehend, gestützt auf die Entscheidung des Joint Select Committee, das — zusammengefaßt aus Mitgliedern beider Häuser des englischen Parlaments — im Jahre 1933 den Gedanken einer Closer Union verwarf.

Die Hauptgründe für die Ablehnung der Forderung, Deutsch-Ostafrika im Wege einer einheitlichen Verwaltung mit den anschließenden britischen Kolonien zu vereinen, sind auch heute noch die gleichen, die im Jahre 1933 für die Entscheidung des britischen Kolonialamtes maßgebend gewesen sind:

1. Die mit einer solchen Neugestaltung des wirtschaftspolitischen Status verbundenen Sonderkosten für Verwaltung.
2. Die Opposition der verschiedenen Bevölkerungsteile in den betroffenen Ländern, von denen ein jeder auf die Förderung und Entwicklung des Gebietes eingestellt ist, in dem er ansässig ist.
3. Aus wirtschaftlichen Gründen und mit Rücksicht auf die Unzulänglichkeit des Verkehrs.
4. Wegen der sehr beträchtlichen Verschiedenheit hinsichtlich der allgemeinen und besonderen Verhältnisse in jedem der in Frage kommenden Länder.

Der Staatssekretär verweist in seiner Entscheidung weiter auf ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten in Kenya und bis zu einem gewissen Grade auf die im Mandatsgebiet selbst. Die Behauptung, eine einheitliche Ver-

waltung würde eine merkliche Ersparnis der Verwaltungskosten bedeuten, wird von Mac Donald mit der wohlbegründeten Behauptung zurückgewiesen, daß gerade eine Closer Union eine erhebliche Vermehrung der Kosten für die Verwaltung bedeuten würde. Es sei im übrigen mit der nachdrücklichen Opposition von seiten ganzer europäischer Gemeinschaften im Mandatsgebiet zu rechnen, wie auch von seiten des größten Teiles der in Uganda ansässigen Europäer.

Die Entscheidung des englischen Staatssekretärs für Kolonien bedeutet jedenfalls für absehbare Zeit die Sicherung des Mandatscharakters eines Landes, auf dessen Rückgabe Deutschland das vollste Recht hat.

Deutsch-Ostafrika als Mandatsgebiet.

Die ostafrikanischen Blätter berichten, daß der englische Staatssekretär für die Kolonien vor dem Vereinigten Komitee die Vorschläge für eine politische Vereinigung von Kenya, Uganda und Deutsch-Ostafrika abgelehnt habe. Er führte u. a. aus, daß keinerlei Ursache vorläge, die im Jahre 1931 geschaffene Grundlage für eine engere Zusammenarbeit der drei Kolonien zu verlassen. Das Komitee hat sich gegen eine engere Verschweigung der Kolonien ausgesprochen, weil durch die neue Regierungsform erhebliche Unkosten entstehen würden, die einzelnen Gemeinden in den Kolonien sich gegen solche Maßnahmen wehren würden. Fernerhin spräche der unterschiedliche wirtschaftliche Stand der Kolonien dagegen und daß die Kolonien in sich zu verschiedenartig seien. Jede müsse sich vorläufig nach ihrer Art entwickeln.

Die deutsch-unfreundlich gesinnte „East Africa“ gibt natürlich ihrem Mißfallen gegen die Ablehnung deutlich Ausdruck. Nach ihrer Ansicht würde durch die Verschweigung der Kolonien sogar Geld gespart werden können. Aber selbst wenn dies nicht der Fall wäre, meint sie, würde die bessere Verwaltungsmöglichkeit eines geeinten Ostafrikas jegliche Mehrkosten rechtfertigen.

Zuwanderung in Deutsch-Ostafrika.

Die ostafrikanischen Zeitungen sprechen von einer friedlichen Eroberung Deutsch-Ostafrikas durch deutsche Siedler. Trotz der Devienschwierigkeiten gelänge es ihnen, zahlreiche Farmen, die in englischem Besitz sind, nach und nach zu erwerben. Dadurch erleide der britische Handel ungewöhnlich starken Abbruch. Die Methode, die die Deutschen anwendeten, um in den Besitz der nötigen Devisen zu kommen, bestände darin, daß sie eine Unmasse von Waren aus der Heimat mitbrächten, die sie dann zu Schmelzpreisen in der Kolonie verkauften. Ganz besonders trafe dies auf die Mitnahme

von deutschem Zement zu, der von guter Qualität sei und pro Faß um sh 3/6 billiger in der Kolonie zu haben sei als der von England importierte. Das Ergebnis des deutschen Vorgehens sei sehr niederziehend für Großbritannien, denn in einem Distrikt z. B. wären von 17 englischen Farmen 13 in den deutschen Besitz übergegangen.

Bermehrter Bergbau in Deutsch-Ostafrika.

Der Jahresbericht des Minendepartements von Deutsch-Ostafrika zeigt für 1934 eine starke Zunahme der bergbaulichen Tätigkeit in unserer Kolonie. Danach sind für Schürfwerte 4577 qm² freigegeben, gegen 1866 im Jahre 1933. Der Wert der insgesamt gewonnenen Mineralien belief sich auf: £ 363 842 gegen £ 254 493 im Vorjahre. Die Produktion verteilt sich auf die einzelnen Mineralien, das Vorjahr ist in Klammern angegeben, wie folgt: Gold £ 291 112 (201 886), Zinn £ 23 892 (12213), Diamanten £ 5967 (3862). Außerdem kamen Salz, Phosphat, Zement und Urzinn in Frage.

Die Vergebung der Lizenzen hat nach einem Bericht der „East Africa“ zu einer so vermehrten Zuwanderung von Angehörigen der britischen Nation geführt, daß das bisherige Uebergewicht der deutschen Einwanderer ausgeglichen wurde.

Deutsch-Ostafrika in günstiger Entwicklung.

Der Gouverneur des Mandatsgebietes von Deutsch-Ostafrika führte vor der Handelskammer in Dar-es-Salaam aus, daß die Kolonie in finanzieller Hinsicht eine erfreuliche Entwicklung zeige. Es wäre für das Jahr 1935 ein Ueberschuß von £ 550 000 zu erwarten, gegen 474 000 im Vorjahre. Der Export von Sisal würde voraussichtlich 80 000 Tonnen betragen, dies bedeute einen Wertzuwachs von £ 200 000 gegen 1934. Den stärksten Anstieg aber erlebe, so führte der Gouverneur zum Schluß aus, die Goldminenindustrie. Abgesehen von dem ergiebigen Goldabbau im Lupa-Distrikt würden immer neue Goldfelder im Lande entdeckt, und zwar an Stellen, wo man sie am wenigsten vermutet hätte.

Die Bewässerung der Kalahari-Wüste.

Nach Berichten der südafrikanischen Zeitungen soll durch Flugzeuge nunmehr festgestellt sein, daß der großzügige Plan von Professor Dr. Schwarz zur Bewässerung der nördlichen Kalahari undurchführbar sei. Er hatte vorgeschlagen, den Okavango, Linhati und andere Flüsse in die Wüste abzuleiten. Es heißt dann weiter, daß vielleicht die Möglichkeit bestehe, den Lauf des Okavango um 180 Kilometer in die Kalahari zu verlängern. Dadurch würden die Eingeborenen im Betschuanaland genügend Wasser für ihr

Vieh bekommen. Durch diese Maßnahmen könnten gleichzeitig die ausgedehnten Okavango-Sümpfe drainiert werden und das Land so für Anbauzwecke freigegeben werden. Vorbedingung wäre jedoch, daß man der Malaria und Tsetse-Fliege erfolgreich begegnen könnte.

Deutsche Südsee.

Missionsflugzeuge in der Deutschen Südsee.

Die deutschen Missionen im Kaiser-Wilhelms-Land können für sich das Recht in Anspruch nehmen, als erste eine Tätigkeit mit Flugzeugen nach den neu entdeckten Völkern am Bismarck- und Hagen-Gebirge aufgenommen zu haben. Ein Ganzmetall-Junkers-Flugzeug, das ihnen von Deutschland geschenkt worden sei, habe, so berichtet die Sydney Sun, bereits unschätzbare Dienste geleistet. Diese Tatsache ist um so bemerkenswerter, als die Mission im nächsten Jahre auf eine überaus erfolgreiche 50jährige Tätigkeit zurückblicken kann.

Haushaltsausgleich auf Samoa.

Nach der soeben erfolgten Veröffentlichung des Mandatsberichtes von Samoa für das Finanzjahr 1934/36 scheint der Haushalt zum ersten Male einen Ausgleich zu erfahren. Die Einnahmen werden auf £ 84 150 gegen £ 71 520 im Vorjahre geschätzt und die Ausgabe auf £ 83 834 gegen £ 75 766 im gleichen Zeitabschnitt. Die Mandatsverwaltung hofft somit, einen kleinen Ueberschuß von £ 316 erzielen zu können. Die vermehrten Einnahmen werden aus dem voraussichtlich erhöhten postalischen Gebühren bestritten sowie aus Neuanlagen von Radio und Zöllen. Die erhöhten Ausgaben fallen auf Verbesserung der Verkehrsverbindungen im Lande sowie auf den Verwaltungsapparat.

Berichte aus Neu-Guinea.

In Brisbane ist eine neue Expedition ins Leben gerufen, die mit Unterstützung von Flugzeugen die Verhältnisse am Kaiserin-Augusta-Fluß untersuchen und auf 700 Kilometer von der Küste fluslaufwärts in das Innere vordringen will. Die Expedition soll vor allem das Land auf Mineralien (Gold) und in ethnologischer Beziehung untersuchen.

Infolge des Preissturzes der Kopro beabsichtigen die Plantagenbesitzer im Bismarckarchipel künftig dem Kakaobau und Tabakanbau, der zu großen Hoffnungen berechtigt, erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken.

Die australische Mandatsverwaltung hat einen aufschlußreichen Bericht über die Entwicklung von Deutsch-Neuguinea veröffentlicht. Danach belief sich der Gesamtimport in das Mandatsgebiet im Jahre 1924 wert-

mäßig auf £ 485 634 und im Jahre 1934 auf £ 924 316. Der Export stieg in den gleichen Jahren von £ 718 535 (davon Kopro £ 686 519, Gold £ 16 542) auf £ 1 766 198 (Kopro £ 283 329, Gold

£ 1 367 616). Die finanzielle Lage des Mandatsgebietes wird als durchaus gesund erachtet, und zwar vornehmlich wegen der Ergiebigkeit der Goldfunde aus dem Morodistrikt.

Bücherschau

Bruch im Recht der Völker. Art. 297 im Versailler Vertrag; Die Viciis von Dr. Siebert Wohlfahrt. Verlag der „Afrika Nachrichten“, Dr. Gustav Engel, Leipzig C. 1. 92 S. 8°. 1.50 RM.

Nach amerikanischen Schätzungen belief sich der Wert des deutschen Vermögens außerhalb des deutschen Hoheitsgebietes auf 68 Milliarden Goldmark. Wenn auch kleine Teile des deutschen Volksvermögens gerettet werden konnten, so ergibt sich doch ein unverhältnismäßig großer Schaden, der sich nach Angaben der Geschädigten auf 24 Milliarden beläuft. Hieron hat die deutsche Reichsregierung 10,470 Milliarden anerkannt. Die Verluste in den Vereinigten Staaten und in Rußland sind jedoch darin nicht eingeschlossen. Der große Unterschied in der Schätzung liegt darin, daß es unmöglich gewesen ist, eine ordentliche Schätzung vorzunehmen, namentlich gilt dies von den ideellen Werten.

Der Verfasser geht davon aus, daß die Beschlagnahme des deutschen Vermögens ein Akt der Barbarei ist, wie er nicht niederträchtiger ersehen werden konnte. Dr. Schacht hat die Beschlagnahme des Eigentums friedlicher Staatsangehöriger als den schwersten Schlag bezeichnet, der unserer ganzen Zivilisation verfehrt werden konnte. Es erinnert an die Zeiten, in denen Frauen und Kinder als Beute unter die Sieger verteilt wurden. Es ist dies in jeder Beziehung ein völkerrechtliches Delikt. Das deutsche Reich hat den Geschädigten nur etwa 12% ihres Vermögens ersetzt. Nach wie vor besteht die Verpflichtung der Alliierten zur vollen Entschädigung und auch der deutsche Anspruch besteht noch immer. In dieser Hinsicht erinnert Wohlfahrt an das Wort von Dr. Frick, daß die NSDAP niemals an der Enteignung und Entrechtung der Geschädigten, vertriebenen und entwurzelten Auslands-, Grenzlands- und Kolonialdeutschen vorbeigehen wird. Somit ist die Hoffnung berechtigt, schreibt Wohlfahrt, daß die hinlänglich als ungerecht nachgewiesene Regelung der Entschädigungsfrage beseitigt und durch eine Lösung ersetzt wird, die der sozialen Funktion des Privateigentums entspricht.

Die Arbeit Wohlfahrts ist ein vorzügliches Plädoyer für die Entschädigungsfrage. P. Mohr.

Kolonialpolitisches Quellenheft. Die deutsche Kolonialfrage 1918—1935. Herausgegeben von Dr. Ernst Gerhard Jacob. Geleitwort von Gouverneur Dr. Schnee, 1935. C. C. Buchners Verlag, Bamberg. Preis geheftet 1.90 RM. 198 S.

Das vorliegende Büchlein ist eine Zusammenstellung von Dokumenten der verschiedensten Art über die deutsche Kolonialfrage der Nachkriegszeit. Für jeden Deutschen, der sich über die kolonialen Ereignisse und die Stellungnahme des In- und Auslands zu unterrichten wünscht, ist diese in knappster Form und unter Quellennachweis zusammengestellte Materialsammlung ein unentbehrliches und willkommenes Nachschlagewerk, wie wir es in dieser Vollständigkeit in der kolonialen Literatur bisher noch nicht besitzen. Es sind Tatsachen, die hier berichtet werden. Tatsachen, die eine nicht mißverständliche Sprache reden. Vor allem erschüttern neben den verschiedenen Auslandsstimmen die Bekenntnisse der Treue seitens der Eingeborenen. Möge die kleine Schrift mit ihrem reichen politisch-historischen Anschauungsmaterial jeden Volksgenossen aufrütteln, der noch nicht zur Erkenntnis gekommen ist, welcher Matel auf uns durch die schon längst widerlegte Kolonialschuldlüge lastet. P. M.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Landgewinnungsarbeiten in Schleswig-Holstein von Dr. rer. pol. Joh. Martens. Risse-Verlag Dresden-N. 24. Pr. 3 RM.

Dem deutschen Volke sind wie fast allen Völkern der Erde zwei Aufgabentreise gestellt, erstens die Einrichtung in den natürlich gegebenen Lebensraum, zweitens die Bewahrung der Völker und Volksstämme nach dem Zusammenbruch der Weltwirtschaft im alten Sinne vor einem Gegeneinanderwirken. Vielmehr handelt es sich jetzt darum, ein neuartiges Zusammenarbeiten zu erzielen. Eine bessere Anpassung an den natürlich gegebenen Lebensraum für das deutsche Volk bedeutet Landgewinnung und Siedlung.

Mit dem Siege der nationalsozialistischen Revolution haben die Landgewinnungsarbeiten in ganz Deutschland einen un-

geahnten Auftrieb erhalten. Der Verfasser zeigt hier an dem Beispiel der Landgewinnungsarbeiten in Schleswig-Holstein die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Beteiligung nach den verschiedenen Gesichtspunkten als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, als Neulandgewinnung wie in bevölkerungs- und rassienpolitischer Hinsicht. Die Arbeit Martens bildet einen wertvollen Beitrag zum Thema der Landgewinnung. P. M.

Bischa, Anton: **Abyssinien, das ungelöste Problem Afrikas.** Verlag Wilhelm Goldmann. Preis kart. RM. 4,80, in Leinen RM. 6,20.

Gefährlicher Osten. Japan und die Mächte. Von Ernst Otto Hauser. Verlag Max Niehans. Zürich und Leipzig. 150 S.

Frankreichs Ueberseeereich. Länderkunde und Geopolitik. Von Dr. D. Maull, ord. Professor der Geographie an der Universität Graz. Mit 12 Karten. Sammlung Göschen. Berlin 1935. W. de Gruyter u. Cie. 164 S.

Die Kolonisation Ugandas. Inaugural-Dissertation, genehmigt von der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung der phil. Fakultät der Universität Leipzig. Von Dr. Horst Brendel. 1934. Verlag Georg Weigel, Grotzenhain.

Gervais, A.: **Ein Arzt erlebt China.** 257 S. mit 24 Lichtbildern. Kart. RM. 5, in Leinen RM. 6,50.

Dr. A. Gervais lebte sechs Jahre im Innersten Chinas, weit entfernt von den europäischen Hafenzentren. In Eschentu, der Hauptstadt der überbevölkerten Provinz Schentschuan, war er Leiter einer Medizinschule und wurde als Arzt von den vornehmen Familien in Anspruch genommen. Gervais sieht China ohne Hülsen, wie es wirklich ist, seine ungeheuren Nöte, seine Leiden, und er stellt fest, daß sein aus uralten Ueberlieferungen quellendes Leben unzerstörbar ist. Seine Darstellung ist packend. Man erlebt mit ihm das geheimnisvolle China, das sich nur dem erschließt, der mit klarem Blick und mit eindringendem Verständnis diese

Abgeschlossen 16. November 1935.

Hauptchriftleiter und verantwortlich für den gesamten Inhalt: Dr. Paul Mohr, Berlin-Sanktmitz. — Kolonialpolitischer Mitarbeiter: Major a. D. Paul Schwoedel, Berlin-Zehlendorf. — Druck und Verlag: „Deutscher Lebensraum“ Druckerei und Verlagsanstalt G.m.b.H., Teltow/Mark, Adolf-Hitler-Strasse 6, Ruf: 54 (Berlin-Zehlendorf) 1050. — Gerichtsstand ohne Rücksicht auf Streitwert und Objekt: Amtsgericht Berlin-Lichterfelde. — Erfüllungsort: Teltow/Mark. D. A. II. Vj. 1500. Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3 v. 1.1.35.

Menschen nicht wie ein Europäer, sondern mit der Sensibilität des Arztes, der dieses einzigartige Leben wie in einer Kamera eingefangen hat. Dr. P. M.

Sobus, Gottfried: **Wirtschaft und Staat im südosteuropäischen Raum 1908 bis 1914.** Eine Bearbeitung nach den amtlichen Akten des Wiener Außenministeriums. München: Verlag Reinhardt 1934. 206 S. Schriften der Deutschen Akademie. Heft 20. RM. 4,80.

Roß Colin: **Amerikas Schicksalsstunde.** Die Vereinigten Staaten zwischen Demokratie und Diktatur. Leipzig. F. A. Brodhaus. Geheftet RM 4,85, Leinen RM 6,—.

Koiz, Heinrich: **Am Rande Europas.** Tagebuchblätter polnischer Reisen. 240 Seiten, 16 z. T. noch in Deutschland unveröffentlichte Bilder. Preis kart. RM. 4,50, in Leinen RM 5,80. Paul Kupfer Verlag in Breslau.

Osttraum-Berichte. Herausgegeben vom Ostropa-Institut Breslau. Schriftleiter: Dr. D. Eugen Günther. Heft 2, 1935. Verlag Priebatschs Buchhandlung, Breslau 1.

Heft 2 der Osttraum-Berichte setzt die in Heft 1 begonnenen Arbeiten fort. Dr. R. Michael hat als Folge seines Artikels „Querschnitt durch die Industrie Sowjetrusslands“ einen hervorragenden Beitrag geliefert: „Die qualitative Leistung und die Betriebsverhältnisse der sowjetrussischen Industrie“.

Die geopolitischen Bindungen des Donauraumes behandelt Professor Dr. W. Geissler.

Staat und Landwirtschaft in Polen schildert Dr. W. Sahn.

Die Kali-Industrie Polens Dipl.-Bergingenieur S. Pohl.

Bolschewistische Weltmachtspolitik. Die Pläne der 3. Internationale zur Revolutionierung der Welt auf Grund authentischer Quellen, dargestellt von Dr. Alfred Norman. Gotthelf Verlag, Bern. 1935. 287 S.

Wie bezieht man die Monatschrift „Deutscher Lebensraum“?

Ich wünsche die Monatschrift „Deutscher Lebensraum“, Blätter für neue deutsche Raum- und Bevölkerungspolitik, zu beziehen.

Letztes Quartal 1935 zum Preise von 0,75 RM. zuzüglich Bestellgeld.

Ab 1. Januar 1936: für 6 Monate 2,40 RM., für 12 Monate 4,80 RM. zuzüglich Bestellgeld.

Ich wünsche kostenlose Zusendung einer Probenummer.

Ich werde die Zeitschrift durch die Post beziehen.

Der Einzelpreis ab 1. Januar 1936 einer Nummer beträgt 0,50 RM., dazu Portofaß 0,08 RM.

Postcheckkonto: „Deutscher Lebensraum“ Berlin 524 46.

Nicht Zutreffendes zu streichen.

Das Zeichen für den DL-Qualitätsdruck



Werke, Dissertationen, Zeitschriften, Zeitungen
Illustrations- und Mehrfarbendrucke
Geschäfts- und Familien-
Drucksachen

„Deutscher Lebensraum“
